Nr. 56 / Einzelpreis 10 Pfennig **Heute Sportbeilage.** Halle (Saale), den 8. März 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Verbindl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20819 Erfurt

Theo Duesterberg und sein Volksentscheid.

Hiobs Parole: Juden raus!

Reichsbund zur Pogromhetze e. V.

Duesterberg und Hoffmann-Kutschke für „Volksentscheid" und „Enteignung" — der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Seit längerer Zeit war es Eingeweihten bekannt, daß die Nationalisten Hallescher Observanz ihre kläglichen Mitgliederbestände und noch jämmerlicher zusammengeschmolzenen Kassenbestände durch neue und wundersame Mittel aufzufrischen trachteten. Seit Beginn des Kampfes gegen die Fürstenabfindung haben diese Helden minderen Grades sich gegen Volksbegehren und Volksentscheid aus, dabei des offenbar aftergeistlichen Zuspruchs nicht entbehrend. Infolge gähnlichen Mangels eigener oder neuer Ideen verfielen die Konsumenten von „Stahlhelmtropfen" und sonstigen Reizmitteln endlich auf die Idee, eine neue Judenhetze zu inszenieren und zur besseren Förderung antisemitischer „Bildungsbestrebungen", vor allem jedoch zur Belebung des dürftig fließenden Goldstromes für die völkischnationalen Taschen eine „Bewegung" — selbstverständlich im Reichsmaßstabe — aufzuziehen. Man tat sich also zusammen und gründete — ausgerechnet zum Neujahr 1926 — den

Reichsbund zur Vorbereitung eines verfassungsmäßigen Volksentscheids über die Lösung der Judenfrage e. V. Sitz Halle (Saale).

Wir sind in der Lage, die Satzungen nachstehend wiederzugeben:

Satzungen des Reichsbundes zur Vorbereitung eines verfassungsmäßigen Volksentscheides über die Lösung der Judenfrage. E. V. Sitz Halle (Saale).

1. Der Bund ist am 1. Januar 1926 in Halle (Saale) gegründet. Er ist parteilos, damit alle deutschen Volksgenossen als Mitglieder gewonnen werden können.

2. Der Name des Bundes ist: „Reichsbund zur Vorbereitung eines verfassungsmäßigen Volksentscheids über die Lösung der Judenfrage, Sitz Halle (Saale)." Die Eintragung ins Vereinsregister ist beim Amtsgericht Halle (Saale) vorgenommen.

3. Zweck des Bundes ist:

I. Beschaffung und Verbreitung von Aufklärungs- und Propagandamaterial für die breiten Massen über die Judenfrage im allgemeinen.

II. Vorbereitung eines verfassungsmäßigen Volksentscheides über:

Antrag A: Sämtliche seit dem 9. November 1918 eingewanderten Ostjuden sind auszuweisen.

Antrag B: Sämtliche seit dem 1. August 1914 eingewanderten Juden sind auszuweisen.

Antrag C: Wie Antrag A mit dem Zusatz: Ihr Vermögen ist zu beschlagnahmen, soweit es unrechtmäßig erworben ist. Damit sind in erster Linie die um den Ertrag ihrer Arbeit betrogenen Kleinrentner und Sparer zu entschädigen.

Antrag D: Wie Antrag B mit dem Zusatz in Antrag C.

4. Die entstehenden Unkosten sollen durch freiwillige Stiftungen oder durch einen monatlichen Beitrag gedeckt werden. Unbemittelte sind beitragsfrei.

5. Es ist anzustreben, daß die eingezeichneten Personen sich zu Ortsgruppen zusammenschließen.

6. Die Ortsgruppen haben monatlich mindestens eine Zusammenkunft zu veranstalten, um das in den letzten Jahren zusammengetragene Material über die Judenfrage zu verbreiten und die Kenntnis über die Zusammenhänge zu vertiefen.

7. Jedes Mitglied der Ortsgruppe ist zu verpflichten, Beschimpfungen und Tätlichkeiten gegen Juden zu vermeiden und den Juden in jeder Weise aus dem Wege zu gehen.

8. Mit den Ortsgruppen der in Betracht kommenden völkischen Verbände und Parteien ist Fühlung aufzunehmen. Diese können die Obliegenheiten der Ortsgruppen des Reichsbundes mit übernehmen.

9. Die Verfassung der Ortsgruppen ist ihnen zu überlassen.

10. Die Hauptgeschäftsstelle dient nur der Vermittlung und soll keinen kostspieligen Kopf bilden. Bei der Hauptgeschäftsstelle eingehende Mittel werden nur zur Organisation und Aufklärung verwendet.

ges. Wetzel, Geschäftsführer. ges. Dr. Hoffmann-Kutschke, Vorsitzender des Verw.-Ausch.

Wir stellen ferner fest, daß eine weitere Anzahl Exemplare der Satzungen dieses Pogromvereins mit den Namen Wetzel und — exzittere Mitwelt! — Duesterberg unterzeichnet sind.

Wie uns von gut unterrichteter Seite weiter mitgeteilt wird, befindet sich der Pogrombund zunächst in den Räumen des Bundes „Schwarzweißrot", bei dem Wetzel gleichzeitig Geschäftsführer sein soll. Schriftführer dieses Bundes ist ein Postinspektor i. R. Quenzel.

Die einzige tröstliche Gewißheit bei dieser „Reichsgründung" ist, daß sich Theodor Duesterberg daran beteiligt. Wir haben also keine Ursache, daran zu zweifeln, daß die Sache schief geht.

*

Dieser Duesterberg ist überhaupt eine fabelhafte Existenz. Seine Gründungen, seine Aufrufe, seine Telegramme und Vorstellungen machen sämtlich den Eindruck reinster politischer Unbescholtenheit. Wie dieser Mann eigentlich auf den Gedanken gekommen ist, sich außerhalb des Kasernenhofs zu produzieren, wird wahrscheinlich sein ewiges Geheimnis bleiben. Sein politisches Auftreten wirkt so komisch, daß man bis in seine eigenen Reihen hinein ehrliche Heiterkeit empfindet. Selbst seine Getreuesten unterhalten sich noch heute schmunzelnd über den Bußprediger des 9. November, der im Sack und Asche sitzt und wie Vater Hiob, den er wahrscheinlich heute auch noch ausweisen will, der ruhmlosen Vergangenheit nachtrauert.

Wir empfehlen, dem „Reichsbund zur Vorbereitung eines verfassungsmäßigen Volksentscheids über die Lösung der Judenfrage e. V., Sitz Halle (Saale)" den Untertitel: „Völkischer Theaterverein. Direktion Theodor Duesterberg", zu geben. Denn wir sehen nicht ein, warum der große Stahlhelmführer Hiob Duesterberg seine Talente als Komischer Alter dauernd unter den Scheffel stellen will. Tausend an Hallischen Spaßvögeln, die ihn heute mit süß-saurer Miene bewinken, würden begeistert rufen: Es lebe unser Theodor Duesterberg, der große Held der Judenausweisungskomödie!

Zu wenig Tote!

Ein Bataillon gerettet. / Durchlaucht ist unzufrieden.

Unter denen, die von der Republik „Abfindungen" fordern, befinden sich auch die Landgrafen von Hessen. Ihre Ansprüche begründen sich auf „historisches Recht"! Historisches Recht soll in diesem Falle auch „historisches Verdienst" sein. Wie diese Verdienste der Landgrafen von Hessen aussehen, darüber informiert folgender Erlaß eines Landgrafen von Hessen-Kassel, der seine „Untertanen" an England zum Totschießen verkauft hatte. Es war die Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, den England mit den gekauften Söldnern aus Deutschland schlug.

England kaufte sich von den deutschen Fürsten 296 166 deutsche Landeskinder und bezahlte für sie an die Fürsten 115 Millionen Mark.

Für jeden Toten zahlte England eine Extraentschädigung an die Fürsten, damit diese reicher wurden und ihre Nachkömmlinge heute Abfindungen fordern können.

Nun der Erlaß des Landgrafen, der sich freute, wenn viele erschossen wurden, weil dadurch seine Kopfprämien größer wurden, und der wie ein altes Waschweib schimpfte, wenn ein Offizier seine Truppe schonte. Der Erlaß ist datiert vom 8. Februar 1777 und gerichtet an den Oberbefehlshaber der hessischen Truppen in Amerika. Er lautet:

„Baron Hohendorff! Ich erhielt zu Rom bei meiner Zurückkunft Ihren Brief vom 27. Dezember letzten Jahres. Ich ersah daraus mit unaussprechlichem Vergnügen, welchen Mut meine Truppen bei Trenton entfalteten, und Sie können sich meine Freude denken, als ich las, daß von den 1950 Hessen, welche im Gefecht waren, nur 300 entkamen, Da wären denn gerade 1650 gefallen, und ich kann nicht genug Ihrer Klugheit empfehlen, eine genaue Liste an meine Bevollmächtigten in London zu senden. Diese Vorsicht wird um so mehr nötig sein, als die mir von dem englischen Minister zugesandte Liste aufweist, daß nur 1455 gefallen seien. Auf diesem Wege sollte ich 160 050 Gulden verlieren. Nach den Rechnungen des Lords von der Schatzkammer würde ich blos 483 450 Gulden bekommen, statt 653 500.

Sie sehen wohl ein, daß ich in meiner Forderung durch einen Rechnungsfehler gekränkt werden soll, und Sie werden sich daher die äußerste Mühe geben, zu beweisen, daß Ihre Liste genau und seine Liste unrichtig sei..

Der britische Hof wendet ein, daß 100 verwundet seien, für die sie nicht den Preis von Toten zu bezahlen brauchten. Erinnern Sie daran, daß von 300 Lacedämoniern, welche den Paß von Thermopylä verteidigten, nicht einer zurückkam.

Ich wäre glücklich, wenn ich das von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Major Mindorf, daß ich außerordentlich unzufrieden mit seinem Benehmen bin, weil er sein Bataillon gerettet hatte. Während des ganzen Feldzuges sind ja noch nicht zehn von seinen Leuten gefallen."

Auch die Nachfolger dieses Massenmörders wollen abgefunden werden. Gebt ihnen die verdiente Abfindung!

Warum gehen wir zur Einzeichnung?

Die zweiundvierzigköpfige Hohenzollernfamilie errechnet ihren Streitgegenstand mit 871 Millionen Goldmark.

Dem preußischen Staat will sie „gütlich" 686 Millionen

Der Unersättliche.

— was aus Deutschland herauszuholen ist, hole Ich!!!

Schnelle Hilfe für die Winzer.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Der Beschluß des Preußischen Landtags vom 5. März über sofortige Ausschüttung des auf Preußen entfallenden Anteils der Kredite für die in Not geratenen Winzer ist bereits am selben Tage in weitem Maße durch das preußische Landwirtschaftsministerium zur Ausführung gelangt. Dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz sind 1,6 Millionen Mark zur Verteilung an die Winzer überwiesen worden. Diese schnelle Erledigung war dadurch möglich, daß schon im voraus die Notlage der Winzer auf Grund eingehender Unterlagen geprüft worden war.

Weder deutsch noch national.

In einem kürzlich im Verlag der „Neuen Gesellschaft", Berlin-Hessenwinkel, erschienenen Buch des Generalmajors a. D. von Schoenaich („Mein Damaskus, Erlebnisse und Bekenntnisse", broschiert 4 Mk.) erzählt der Verfasser von einem im östlichen Abstimmungsgebiet wohnenden deutschnationalen Prominenten, dieser habe folgendes Bekenntnis zur Monarchie abgelegt: Er sei so monarchisch gesinnt, daß, wenn Polen einen Monarchen einsetzen würde, er polnisch stimmen würde. Ein früherer konservativer Abgeordneter erklärte nach dem Zusammenbruch des monarchischen Deutschland: „Wir sollten den ganzen Krempel des Deutschen Reiches den Amerikanern als Kolonie schenken."

Schoenaich sagt von seinem Buch, es „ist geschrieben worden, auf daß noch Andere sehend werden". Wir sind der Meinung, daß die beiden Kostproben, die wir oben gegeben haben, schon den Schleier des Problems „deutschnational" lösen. Die Lektüre des ganzen 244 Seiten starken Buches ist warm zu empfehlen.

Zeichne Dich ein!

Warte nicht bis zum letzten Augenblick! Du darfst keine Ruhe haben ehe Du Deiner Pflicht nicht genügt hast. Die Fürsten wollen Dein Volk berauben!

Schütze Dein Volk!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260308-15/fragment/page=0001

Mark überlassen, sie verlangt „nur" rund 186 Millionen Goldmark an Werten.

Diese Rechnung ist ein aus der Gier nach Geld erzeugter Betrugsversuch; die Hohenzollern lieben die doppelte Buchführung.

Wie ist's in Wirklichkeit?

Dem preußischen Staat soll für 18 Millionen Mark Land- und Forstbesitz überlassen werden; in Wirklichkeit verlangen die Hohenzollern dafür als Barentschädigung — 30 Millionen Mark.

Dem preußischen Staat sollen für rund eine halbe Milliarde Schlösser und Gärten überlassen werden; in Wirklichkeit kosten schon jetzt diese Schlösser und Parks dem preußischen Staate etwa 15 Millionen Unterhaltungskosten.

Dem preußischen Staat soll für 75 Millionen Mark Schloßinventar überlassen werden; das bringt ebenfalls nichts ein, sondern verlangt Pflege und Unterhaltung.

Die Kunstwerke in den Berliner Museen und die Schack-Galerie gehören zweifelsfrei dem Staate, dennoch werden sie ihm von den Hohenzollern als ein Wert von 37,5 Millionen Mark „überlassen" — wenn es nach den Hohenzollern gehen würde!

Die Theater hat der letzte Kaiser sofort nach der Revolution freiwillig dem Staate zugeschoben; sie verlangen nämlich alljährlich etliche Millionen Mark Zuschuß. Dennoch rechnet er in seinem „Vergleichsvorschlag" dem preußischen Staate mit — 46 Millionen Mark an.

Die Kroninsignien sind so wertlos, daß im Jahre 1921 ein bekannter Hofjuwelier von Unter den Linden in Berlin die ihm aufgetragene Schätzung ablehnte — ein ernsthafter Wert auch nur künstlerischer Art käme nicht in Frage!

Diese Kroninsignien soll Preußen erhalten; die wertvollen Kronjuwelen wollen die Hohenzollern aber für sich haben!

Die Vermögensverteilung nach dem sogenannten Vergleichsvorschlage ergibt so:

Dem Preußischen Staat	35,3	Millionen Mark,
den Hohenzollern „ „	184,9	„ „

Das nennen die Hohenzollern nicht habgierige Teilung!

Es geht um rund eine Milliarde, mehr als den Gesamtbetrag der Stabilisierungsanleihe, die Deutschland von Amerika und England erhielt.

Deswegen gehen wir zum Abstimmungslokal — und jedermann bringt einen weiteren Stimmberechtigten zur Einzeichnung mit — und setzen unseren Namen auf die Liste!

*

Ueberall aus dem Reiche laufen Meldungen ein, daß die Zahl der Eingezeichnenden täglich wächst.

Reaktionäre Hilfe.

„Augenblick, Majestät, der Landbund wird Ihnen schon gefügsam sein."

Die schwächliche demokratische Reichstagsfraktion.

Aufforderung zur Nichteinzeichnung.

Die demokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Mitteilung:

„Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung haben zu einem Ergebnis geführt, das der demokratischen Reichstagsfraktion die Zustimmung zum Kompromiß ermöglicht. Die demokratische Parteileitung erwartet nunmehr, daß die Parteifreunde sich am Volksbegehren nicht beteiligen, das angesichts der Unsicherheit des Ausganges und der Bedenken gegen seine Formulierung nur dann zu empfehlen war, wenn eine annehmbare parlamentarische Regelung nicht erreicht würde. Die Zustimmung des demokratischen Parteiausschusses wird am kommenden Mittwoch erbeten werden."

Die demokratische Reichstagsfraktion wendet sich mit dieser Kundgebung gegen die große Bewegung des Volksbegehrens, ohne die an eine Verbesserung der Ergebnisse der Beratungen des Rechtsausschusses niemals hätte gedacht werden können. Das neue Kompromiß bleibt jedoch immer noch hinter dem zurück, was Inhalt des Volkswillens ist. Dieses neue Kompromiß kann der großen Volksbewegung nicht Einhalt gebieten. Die Demokraten als Regierungspartei haben sich mit ihrer Kundgebung für Nichteinzeichnung um des Zusammenhaltes der Regierung willen selbst die Hände gebunden.

Sie haben aber nicht ihren Anhängern die Hände gebunden. Die Demokraten im Lande denken anders über die Notwendigkeit der Durchführung des Volksbegehrens als die demokratische Reichstagsfraktion. Sie verstehen, daß man nicht einer solchen wahrhaften Volksbewegung mitten im Kampfe den Rücken kehren kann. Die demokratische Reichstagsfraktion hat aus parlamentarischen Rücksichten eine schwächliche Haltung eingenommen. Die Demokraten im Lande werden sich an diesen Bestandteil des Kompromisses nicht binden. Sie werden nur erreicht mit dem Volke für Demokratie und Republik gegen Fürstenübermut des Volksbegehrens unterzeichnen.

Eine so elementare, aus tief-sittlicher Empörung des Volkes hervorgewachsene Bewegung kann nicht im Rahmen eines parlamentarischen Kompromisses mitten im Kampfe verkauft werden!

Am vergangenen Freitag hat auch die Leitung der Hamburger Demokraten zur Beteiligung am Volksbegehren aufgefordert.

Mutige Demokraten.

Eine Anzahl führender Demokraten, darunter mehrere preußische Landtagsabgeordnete, Oberbürgermeister Dullo und Senatspräsident Großmann, haben sich zu einem „staatsbürgerlichen Ausschuß zur Förderung des Volksbegehrens" zusammengetan und fordern — entgegen dem Beschluß der demokratischen Parteileitung — zur Unterstützung des Volksbegehrens auf. In einem Aufruf an die Bevölkerung erklären sie, daß sie es als eine Forderung der Gerechtigkeit empfinden, in einem von bitterster Not betroffenen Volke nicht gerade diejenigen zu bevorzugen, die zuerst berufen gewesen wären, das ihnen vom Staate anvertraute und zur Erfüllung von Staatszwecken bestimmte Gut den Ländern hinzugeben, in deren Dienste sie es überkommen und genutzt haben. „Es ist nicht tragbar, heißt es in dem Aufruf weiter, „daß die Hohenzollern auch in Zukunft noch zu den reichsten Grundbesitzern Deutschlands gehören sollen, während Tausende, aber Tausende nach dem verlorenen Kriege weder Heim noch Herd mehr haben."

Wilhelms Zucker-Dividende.

Amsterdam, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

In Doorn hat vor kurzem eine Besprechung der Interessenvertreter einiger früherer deutscher Fürsten unter dem Vorsitz des Exkaisers stattgefunden, bei der gemeinsame Richtlinien für eine Gegenaktion gegen den Volksentscheid über die Fürstenabfindung festgelegt wurden. Zur Finanzierung dieser Gegenaktion wurden in Holland sehr namhafte Beträge flüssig gemacht. In Amsterdamer Börsenkreisen ist bekannt, daß der Exkaiser im vorigen Jahre dem Rat seiner holländischen Finanzvertrauensleute folgend, **große Summen in niederländisch-indischen Kulturwerten (Rubber-Zucker) angelegt und hierdurch bei der Riesenhaussee in diesen Werten enorme Gewinne erzielt hat.** Es sei daran erinnert, daß die Niederländisch-Indische Kulturgesellschaft in diesem Jahre z. T. 450, 300, 200 und 125 Prozent Dividende verteilt hat.

Gefährliche Agitationsmätzchen.

Die Kommunistische Partei hatte für Sonntag, den 7. März, mittags 1½ Uhr, eine Kindermassenkundgebung auf dem Neuen Markt in Berlin geplant. Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung hat der Polizeipräsident die Kundgebung verboten. Dieses Verbot gilt auch für den Fall, daß die Kinderkundgebung auf einem anderen öffentlichen Platz oder durch Umzüge in den Straßen veranstaltet werden sollte.

Der Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung gibt die Berechtigung, bei „unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit" Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten. Daß der Massenaufmarsch von Kindern in den verkehrsreichen Straßen Berlins eine Gefahr für die Kinder selbst bedeutet, wissen sicher auch die Kommunisten. Ihr Antrag bedeutet deshalb nichts weiter als eine agitatorische Geste, die durch das Bescheid des Polizeipräsidenten abgebogen wurde.

Ein Kommunist begnadigt.

Opfer von Jürgens.

Kassel, 8. März. (Radiomeldung).

Am Sonntag wurde der durch einen am Sonnabend erlassenen Gnadenakt des Reichspräsidenten amnestierte kommunistische Parteisekretär Wollweber aus dem Gefängnis entlassen. Wollweber war im Jahre 1923 von dem jetzt wegen großer Betrügereien festgenommenen Landgerichtsdirektor Jürgens verhaftet worden. Die Untersuchungshaft dauerte 20 Monate und es wurde behauptet, sie sei deshalb so in die Länge gezogen worden, damit Wollwebers Tat — Vergehen gegen das Verbot der Kommunistischen Partei — nicht unter die Amnestie fällt. Wollweber war dann vor zwei Monaten vom Staatsgerichtshof in Leipzig zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. **Sofort nach Bekanntwerden der Verschlungen von Jürgens stellten die Kommunisten beim Reichsjustizministerium Antrag auf Entlassung Wollwebers. Diesem Antrag wurde nunmehr willfahren.**

Verhaftung der Barmats.

Die Brüder Julius und Henry Barmat sind am Sonnabend in Berlin überraschenderweise wieder in Haft genommen, nachdem endlich — rund 1½ Jahre nach den ersten Vorstößen gegen sie — die Anklageschrift fertiggestellt und der Beschlußkammer des Landgerichts zugegangen war. Auf Grund welcher neuen Momente diese Verhaftung verfügt wurde, ist auch am Sonntag noch unbekannt, da die Gerichtsbehörden am Sonntag nicht zu arbeiten pflegen und die Haftbeschwerde der Verteidigung aus diesem Grunde erst am Montag eingereicht werden kann. Vor einer Woche etwa brachte die reaktionäre Presse Berlins die Meldung, die Barmats seien nach Holland geflüchtet. Julius Barmat rief daraufhin bei der „Deutschen Zeitung" selbst an und teilte ihr mit, daß er sich noch immer in Berlin befinde und gar nicht daran denke zu flüchten, da er den Wunsch habe, endlich die Anklage kennenzulernen und vor Gericht gestellt zu werden. **Die falsche Behauptung von seiner Flucht hat aber dem Untersuchungsrichter Veranlassung gegeben, die Wiederverhaftung zu verfügen, obschon die Haftunfähigkeit Julius Barmats auch jetzt noch von den Aerzten behauptet wird.** Er scheint, als wollten die Deutschnationalen mit dem „Fall Barmat" ein neues Skandälchen aufrühren, nachdem der große Skandal, den sie früher damit veranstalteten, so kläglich für sie geendet hatte.

Die Anklageschrift.

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat jetzt die Anklage gegen Barmat und Genossen dem Landgericht I Berlin zugehen lassen. Vorsitzender der über die Eröffnung des Verfahrens beschließenden Kammer ist Landgerichtdirektor Bernau. Die Anklage, die über 640 Druckseiten umfaßt, stützt sich im wesentlichen auf urkundliches Material. Anklage wird erhoben gegen die Brüder Julius und Henry Barmat, gegen Direktor Klencke, Finanzrat Hellwig, Reichstagsabgeordneter Lange-Hegermann, die Gebrüder Direktor Stamb und Rechtsanwalt Stamb, Kaufmann Rebbinowitz, Generaldirektor Karl Walther und Direktor Hallo.

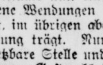
Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat den Antrag gestellt, eine Reihe von Persönlichkeiten, gegen die die Voruntersuchung geführt worden war, außer Verfolgung zu setzen. Darunter befinden sich Geheimer Finanzrat Rübe, Ministerialdirektor Dr. Kautz, ferner die Brüder Salomon und Isaak Barmat und die Direktoren Wolff und Konitzki.

Rückzug des Exkronprinzen.

Aus einer vom „Montagmorgen" veröffentlichten Erklärung, die, wie das Blatt mitteilt, zwischen dem Rechtsanwalt Dr. Alsberg als Vertreter des ehemaligen Kronprinzen und dem Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi als Vertreter des „Montagmorgen" gemeinsam vereinbart worden ist, ist zu entnehmen, daß das Blatt seine Beleidigungsklage gegen den ehemaligen Kronprinzen zurückgezogen hat. Es handelt sich um die Angelegenheit des Lokomotivführers Rappich und seiner Tochter. Der vormalige Kronprinz hatte in der Presse ein Erklärung veröffentlicht, in der es hieß, daß über die Angelegenheit verleumderische Nachrichten verbreitet worden seien. Auf die von dem Blatt daraufhin angestrengte Beleidigungsklage hatte der ehemalige Kronprinz durch seinen Rechtsbeistand erklärt, daß der Ausdruck **verleumderisch sich nicht auf die Veröffentlichungen des "Montagmorgen" bezöge** (!), worauf die Klage zurückgezogen wurde.

Don Giovanni oder Don Juan?

Diese wohl problemreichste Oper Mozarts erscheint unter durchgängiger Zugrundelegung der Büllner-Levischen Textfassung und mit dem für Halle meines Wissens „neuen" Finale, das nach des Helden Vernichtung alle Personen des Werkes zu einem dem Stil des „dramma giocosa" angepaßten Epilog vereinigt — auf der Bühne des Stadttheaters. Und ihr Name wird — nach dem Vorgang aller großen Bühnen — nicht mehr „Don Juan" sein, in italienischer Fassung „Don Giovanni". Das Werk ist ja bekanntlich auf das italienische Textbuch da Ponte's komponiert und hat fast noch mehr wie andere Mozartopern unter der ersten schlechten Uebersetzung von Schröder und Rochlitz (1801) sehr gelitten, die, abgesehen von ihrer Plattheit, ständig an dem genauen Sinn des Originals vorbeitappte und damit all die feinen Fäden zerriß, die gerade bei dem Musikdramatiker Mozart jede Situation, ja, jedes Wort mit melodischen und modulatorischen Wendungen, mit Instrumentalfarben, Tempi usw. verbinden. Die Levische Erneuerung, die seit den Münchner Festspielen im Laufe der Jahre als siegreich im Wettkampf vieler sonstiger Versuche bezeichnet werden muß, hat vor allem auch den Vorzug, daß sie bewußt gewisse, in der Liebe des Publikums nun einmal eingewurzelte, zu geflügelten Worten gewordene Wendungen (Anfänge von Arien) beibehält, wo es irgend geht, im übrigen aber den Anforderungen der Partitur überall Rechnung trägt. Nun gibt es aber merkwürdigerweise eine unübersehbare Stelle und das ist die des Komturs bei seinem Erscheinen zum Gastmahl seines Mörders. Wie aus dem Munde des Weltenrichters, vor dem das große Schuldbuch der Menschheit aufgeschlagen liegt, erklingt da der Namensaufruf: „Don Giovanni" mit dem musikalischen Rhythmus.



Man sieht sofort, daß die um eine Silbe kürzere Form „Don Juan" in diesem Rhythmus nicht unterzubringen ist. Ihn selbst etwa ändern, wäre ein musikalisches Verbrechen — jedes Einschalten Flickwerk: „O Don Juan" — hör „Don Juan" — oder dergl. — ein dichterisches, denn wie schon oben erwähnt, liegt für den Empfindenden gerade in dem bloßen Namensaufruf eine in der dramatischen Situation geradezu übergewaltige Wirkung. So bleibt denn nur die Möglichkeit, dem Helden seinen italienischen Namen zu belassen, was zudem weitere Berechtigung in der entsprechenden Form der übrigen Personennamen findet und was vielleicht auch durch den leisen Hinweis auf die Stileigentümlichkeiten des ganzen Werkes von Wert ist, dessen genauer Titel: „Don Giovanni" ossia il dissoluto punito, dramma giocoso in due atti — d. h. Don Giovanni oder der bestrafte Wüstling, ein heiteres Spiel in 2 Akten — zeigt, daß romanischer Geist in der Behandlung des aus Spanien stammenden Stoffes vielleicht mehr am Werke war, als der romantische, mit dem vor allem E. T. A. Hoffmann in seinem berühmten Fantasiestück das Motiv umkleidet hat.

Erich Band.

Das Shakespeare-Theater in Stratford on Avon abgebrannt. Aus London wird gedrahtet: Das Shakespeare-Theater in Stratford on Avon wurde gestern abend durch Feuer zerstört. Das Museum und die Bildergalerie mit den kostbaren Reliquien konnte gerettet werden.

Ein antikapitalistisches Theaterstück mit Tierdarstellern. In Moskau, wo man seit längerer Zeit mit großem Geschick das Theater politischer Propaganda dienstbar zu machen weiß, wird zurzeit ein Stück von Dogomolow aufgeführt, zu dem der Verfasser durch den berühmten Affenprozeß im vergangenen Sommer angeregt worden ist. Die Hauptpersonen des Stückes sind Tiere. Als Träger der Handlung erscheinen ein Affe, ein Schwein u. a. m. Jedes Tier hat eine Schicht der amerikanischen kapitalistischen Gesellschaft darzustellen und natürlich zu persiflieren. Die Tendenz des Stückes geht dahin, nachzuweisen, daß die Freiheit der Wissenschaft mit der kapitalistischen Ordnung nicht zu vereinbaren ist. Mit der sowjetistischen Ordnung leider auch nicht.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Montag, 8 Uhr: „Die Gabe Gottes". Dienstag: „Die grüne Flöte". Mittwoch und Freitag: „Don Giovanni". Donnerstag und Sonnabend: „Katte", Schauspiel von Hermann Burte.

Vertragserneuerung zwischen dem Mitteldeutschen Landestheater und den mitteldeutschen Volksbühnen. Die Theatergemeinden und Volksbühnen der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt haben ihre Verträge mit dem Mitteldeutschen Landestheater des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine fast ausnahmslos schon zu Beginn dieses Jahres erneuert. Damit ist die weitere Versorgung Mitteldeutschlands mit guten Schauspielvorstellungen zu volkstümlichen Preisen auch für die nächste Spielzeit gesichert.

Konzert des Berliner Dom-Chors.

Der Domchor hatte in früheren Zeiten nur die zum Gottesdienst gehörigen Responsorien und Gesänge zu singen. Es war ein für die Hof- oder Domkirche fest angestellter und besoldeter Chor, der meist vierstimmig ganz, Sopran und Alt mit Knaben besetzte. In Deutschland bestanden schon vor vielen Jahren drei sehr berühmte Domchöre: in Berlin, Hannover und Schwerin. Der Berliner Domchor hatte immer eine große künstlerische Pflege erfahren und war im a-cappella-Singen ohne Konkurrenz. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde der Chor so organisiert, daß er als Nachbildung der päpstlichen Kapelle gelten konnte. Einen ganz besonderen künstlerischen Aufschwung erfuhr der Domchor, als der erste preußische Musikdirektor A. Reithard ihn übernahm. So kamen schon 1845 weltliche Chöre zur Aufführung, und der Chor gab auch außerhalb der Kirche, wie in anderen Städten und Ländern Konzerte.

Der Berliner Domchor ist bei uns seit Jahren ein sehr gerne gesehener Gast und erfreut uns immer mit seiner übergragenden chorischen Kunst. Das Programm brachte zunächst die siebenstimmige Vokal-Messe von Franz Bachmann, ein Werk von herrlicher Satzkunst und feiner Kontrapunktik. Ferner das „Miserere" von Orlando di Lasso mit seiner archaistischen Stimmung. J. S. Bach war mit seiner wundervollen achtstimmigen Motette „Ich lasse dich nicht" vertreten. Ungemein interessant war die „Deutsche Singmesse" von Josef Haas. Man merkt auch in diesem geistreichen Opus (wie neulich in seiner Horn-Sonate) den Epigonen von Brahms und Reger. Aber die persönliche Note dieses Komponisten hat immer eine bestrickende Eigenart, die ja auch in dieser Messe zutage tritt. Unter Leitung seines ausgezeichneten Dirigenten Professor Rüdel sang der Chor das schwere umfangreiche Programm mit glänzender Technik und tonlichem Wohllaut. Der Sopran klingt öfter etwas dünn. Wundervolles Fundament geben die Bässe.

Eine sehr wertvolle Abwechslung boten zwei Orgel-Solis: Präludium und Fuge von dem Großmeister der Orgelliteratur Dr. Buxtehude und die Fis-Moll-Sonate von Reger, ein viel umstrittenes Opus. Reger war ein erstklassiger Organist, aber kein Komponist für die Orgel. Wie in vielen anderen Werken können wir beim besten Willen den Faden von Regers Ideen nicht finden. Weder die Plastik, noch die Architektonik zeigt Geschlossenheit, man glaubt oft, daß ein Organist ziellos, willenlos auf der Orgel dahinträumt. Unser heimischer Orgelmeister Oskar Rebling spielte beide Werke mit überlegener Meisterschaft.

S. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192603 08-15/fragment/page=0002

Vorpostengefechte in Genf.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Genf, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Vergleich zu der letzten Völkerbundstagung zeigt Genf schon äußerlich ein anderes Bild! Das erstemal bemerkt man in dem Farbengewirr der Fahnen von mehr als 50 größeren und kleineren Nationen auch das Hoheitszeichen der Deutschen Republik. Außer Briand galt dem Repräsentanten dieser deutschen Republik am Sonntag die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der gesamten ausländischen Presse. Man soll diese Aeußerlichkeiten nicht überschätzen. Sie zeigen aber, mit welchem Interesse auf allen Seiten man dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund begegnet und welche Bedeutung dieser Erweiterung des Bundes der Nationen beigemessen wird.

Vorläufig weiß man freilich noch nicht ganz bestimmt, wann der offizielle Akt des Eintritts Deutschlands erfolgt. Viel Wahrscheinlichkeit spricht für den kommenden Donnerstag, wenn alles gut geht. Vorerst scheinen die Schwierigkeiten in der Ratsfrage noch größer, als man nach den letzten öffentlichen Auseinandersetzungen in den Parlamenten der verschiedenen Länder anzunehmen Anlaß hatte. Erschwert wird die Lage durch die bereits am Sonntagabend erfolgte Abreise des französischen Außenministers, in dessen Vertretung der zweite französische Völkerbundsdelegierte, Paul Boncour, gemeinsam mit Loucheur die erforderlichen Verhandlungen führen will. Von dem Ausgang der am Montag zwischen Briand und dem Präsidenten der französischen Republik vorgesehenen Aussprache hängt es ab, ob Briand nach Genf zurückkehrt. Einstweilen scheint er, auf Grund von Aeußerungen in seinem trautem Kreise, fest entschlossen, unter keinen Umständen selbst die Bildung des neuen Ministeriums zu übernehmen. Er ist dagegen bereit, das Auswärtige Ministerium weiterzuführen.

Der zwölfstündige Aufenthalt Briands in Genf galt ausschließlich den vertraulichen Vorverhandlungen zwischen den an dem Rheinlandpakt beteiligten Mächten. Ihnen voraus gingen Besprechungen des französischen Außenministers mit Benesch und seinem polnischen Kollegen. Sie nahmen an den Nachmittags um 3 Uhr begonnenen Vorbesprechungen nicht teil. Als diese Erörterungen im kleinen Kreise nach dem Vorbild von Locarno zwischen den einzelnen Regierungen vereinbart wurden, stand das Verlangen Polens, gleichzeitig mit Deutschland in den Völkerbundsrat aufgenommen zu werden, noch zu Debatte. Die Vermutung, daß diese Frage bis zur Völkerbundstagung nicht geklärt würde und weitere Schwierigkeiten nicht ausgeschlossen wären, gab besonders dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann damals Veranlassung, die Vorbesprechungen zu wünschen. Der Sonntag hat gezeigt, daß sie notwendig waren. Die polnische Regierung hat zwar in den letzten Tagen ihre Auffassung in der Oeffentlichkeit weniger aggressiv vertreten lassen, aber der polnische Außenminister hat in seiner Unterredung mit Briand unter Hinweis auf die innerpolitische Lage in Polen und die für ihn bestehenden Gefahren für den Fall, daß er ohne jedes positive Ergebnis nach Warschau zurückkehre, auf die sofortige Lösung der polnischen Frage gedrängt.

Vor allem aber bestehen neuerdings Spanien und Brasilien besonders energisch auf einem ständigen Ratssitz. Der Vertreter der spanischen Regierung in Genf soll bereits mit dem Austritt aus dem Völkerbund gedroht haben, wenn sein Land nicht sofort einen ständigen Ratssitz erhalte. Die Situation ist jedenfalls so, daß die Vorverhandlungen am Sonntag trotz 3½stündiger Besprechungen nicht abgeschlossen wurden und eine weitere Erörterung am Montag oder Dienstag folgen soll. In der Zwischenzeit will man mit den Anspruchstellern verhandeln, um ihnen die Schwierigkeiten, die ihren Forderungen entgegenstehen, klarzumachen.

Die deutsche Delegation ließ nach Beendigung der Vorbesprechungen erklären, daß Luther und Stresemann den bekannten deutschen Standpunkt unverändert aufrechterhalten und weiter aufrechterhalten werden. Sie stützen sich auf die einstimmige Entschließung des Auswärtigen Ausschusses. Sie wenden sich nicht grundsätzlich, sondern nur im gegenwärtigen Augenblick gegen eine Erweiterung des Rats und zeigen damit zugleich auch einen Ausweg aus der jetzt bestehenden nicht unbedenklichen Lage.

Tagesordnung und Kommunique

Genf, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die am Sonntag erschienene Tagesordnung des Völkerbundsrates weist, im Gegensatz zu der provisorischen, die Aenderung auf, daß die Saarfragen von der Spitze der Liste ungefähr auf die Hälfte zurückverlegt wurden, so daß sie erst in einigen Tagen, d. h. voraussichtlich erst nachdem der deutsche Vertreter auch im Rat sitzen wird, zur Behandlung gelangen werden.

Genf, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Ueber die Vorbesprechungen wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die Vertreter der Staaten, die sich in Locarno zum Abschluß des Rheinlandpaktes vereinigten, haben sich zum Austausch ihrer Meinungen über die schwebenden Fragen in Genf verabredet. Sie haben sich in einer Unterredung zusammengefunden, in deren Verlauf sie mühelos die gegenseitige Situation aufklärten. Auf diesen ersten Gedankenaustausch soll in einer weiteren Sitzung eine zweite Unterhaltung folgen.

Die französische Kabinettskrise.

Herriot oder Poincaré?

Paris, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen zur Lösung der Krise werden nicht vor heute, Montag, nachmittag beginnen. Der Präsident der Republik, der am Montag von Lyon zurückerwartet wird, wird voraussichtlich in Aktion mit dem aus Genf zurückkehrenden Briand zusammentreffen und mit diesem den Rest der Fahrt gemeinsam zurücklegen. Man glaubt, daß Doumergue zunächst Briand ersuchen wird, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, hält es aber für ausgeschlossen, daß Briand annehmen wird. Ein großer Teil der Presse spricht von einem Konzentrationsministerium, daß unter Ausschluß der Sozialisten von den Radikalsozialisten bis zu den gemäßigten Mittelgruppen reichen soll und als bessen Leiter Raoul Peret, die Monsie oder Steeg genannt werden. Eine Kombination dieser Art dürfte im gegenwärtigen Augenblick nicht viel mehr Chancen haben als ein Ministerium Caillaux, das auf den entschiedensten Widerspruch der Sozialisten und eines Teils der Radikalsozialisten stoßen dürfte. Der „Quotidien" trifft den Nagel auf den Kopf mit der Erklärung, daß es in der gegenwärtigen Situation nur zwei Möglichkeiten gebe, entweder ein Rechtskabinett mit Poincaré an der Spitze oder eine Neukonsolidierung des Kartells unter Herriot. In der einen oder anderen Richtung wird früher oder später die Entscheidung fallen müssen. Jeder neue Versuch eines Kompromisses wird ein Experiment von nur kurzer Dauer sein können.

Bauerwäsche „Zellda" - Gummi-Bieder, Große Steinstr. Nähe Markt.

Die betrogene Schwester

Eine junge schöne Dame kam in die Apotheke. Der Provisor, der damit beschäftigt war, Frau Lehmanns Magenpillen zu drehen, sah auf, lächelte freundlich, als er die Schöne sah und ging mit eleganten Bewegungen zum Ladentisch.

Mit verlegener Miene fragte die junge Dame, ob es nicht ein Mittel gäbe, Riziusöl einzunehmen, ohne den Oelgeschmack zu spüren.

Das Gesicht des Provisors leuchtete auf. „Wollen Sie nicht einen Augenblick Platz nehmen, während ich mit dem Apotheker selbst spreche?" fragte er.

Die Dame setzte sich. „Vielleicht darf ich Ihnen inzwischen ein Glas Limonade anbieten?" — „Danke sehr."

Der Apotheker ging hinaus und kam mit einem Glas Limonade zurück, das sich die junge Dame gut schmecken ließ.

Als sie die Limonade ausgetrunken hatten, fragte sie: „Kommt der Apotheker nicht bald?"

Der Provisor lachte zufrieden: „Das war nur ein Vorwand von mir. Das Riziusöl, vor dem Sie solche Angst hatten, ist in der Limonade gewesen."

Die junge Dame wurde bleich, raffte die Kleider zusammen und raste zur Tür. „Das ist doch verrückt!" schrie sie, schon in der Tür. „Ich habe doch meines kleinen Bruders wegen gefragt!"

Zwölf Jahre unschuldig im Zuchthaus

50000 Mark Entschädigung vom Staat verlangt.

Der Roßschlächter Eduard Trautmann, der wegen angeblichen Totschlags widerrechtlich zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat an die Presse Mitteilungen über sein Lebensschicksal gegeben. Trautmann hat 11 Jahre 8 Monate und 28 Tage im Zuchthaus gesessen, und zu einer Zeit, als seine Unschuld schon sonnenklar war, infolge Schwierigkeiten von der Staatsanwaltschaft noch länger als ein Jahr sitzen müssen. Er ist mit der Begründung verurteilt worden, daß er am 21. Dezember 1909 die Arbeiterin Emma Sander ermordet habe. Da fand man in der Hinterlassenschaft des Massenmörders Denke ein Notizblatt, auf dem unter 20 anderen Namen seiner Opfer stand: „Emma 21. Dezember". Aber auch das hat dem Staatsanwalt noch nicht genügt. Zweimal ergriff er gegen Trautmanns Wiederaufnahmegesuch Beschwerde, bis das Oberlandesgericht in Breslau von sich aus ein Wiederaufnahmeverfahren anordnete. Zu der Verurteilung Trautmanns hat eine Angahl eigentümlicher Umstände zusammengewirkt. Trautmann konnte zwar seinen Alibibeweis nahezu lückenlos führen. Nur bei 10 Minuten hat die Rechnung nicht ganz geklappt. Dann hat man noch entdeckt, daß eine Schnur an Trautmanns Hose mit einem ähnlichen Knoten gebunden war wie ein Unterrockband der Ermordeten. Ein wichtiges Verdachtsmoment war ferner die Tatsache, daß die Leiche mit einem sogenannten Hammelfleck, bei dem das Blut in einen Strahl ausfließt, getötet worden war. Da Trautmann Schlächter ist, verdichteten sich alle Verdachtsmomente auf ihn. Trautmann verlangt eine Entschädigung vom Staat in der Höhe von 50000 Mk.

Die Ursachen der Prager Handgranatenexplosion

sind trotz aller Beruhigungsversuche des Landesverteidigungsministeriums noch keineswegs geklärt. Die Handgranaten, die von den zuverlässigsten Konstrukteuren hergestellt worden waren, seien doppelt gesichert gewesen. Auch die Sicherheit bei dem Transport dieser Granaten sei wiederholt erprobt worden. In militärischen Kreisen wird trotzdem die Ursache der Explosion darin gesehen, daß der Transportwagen unzulänglich war. Es soll sich um einen ungefederten Wagen gehandelt haben. Durch die dauernden Erschütterungen auf dem schlechten Pflaster der Prager Straßen sei eine Entzündungsnadel ausgelöst worden. Die Erbitterung der Prager Bevölkerung über die Art, wie mit Explosionsstoffen in den belebtesten Straßen umgegangen worden ist, ist groß.

Schiffsunfall auf der Reede von Genua. Der deutsche Dampfer „Arthur Kunstmann" wurde heute auf der Reede von Genua von einem italienischen Dampfer angefahren und schwer beschädigt. Menschenleben oder Verletzungen sind nicht zu beklagen.

Ein entwichener Zuchthäusler wieder ergriffen. Einer der gefährlichsten Posträuber, der 35jährige Techniker Paul Görisch, der im August v. J. aus der Strafanstalt Braunschweig entwichen war, wurde von der Berliner Kriminalpolizei in einem Unterschlupf in Berlin ermittelt. Als die Polizeibeamten eindrangen, zog Görisch einen Revolver. Drei Schüsse schoß er fehl, der vierte verwundete einen Beamten. Dann wurde der Verbrecher verhaftet.

Der lettische Dampfer „Baihna", der mit einer Holzladung von Holländisch-Guyana kam, ist infolge des stürmischen Wetters vor der Mole von Zeebrügge gesunken. **Neun Mann der Besatzung warfen sich ins Meer, um das Land schwimmend zu erreichen. Vier von ihnen ertranken;** von den übrigen fünf, die sich retten konnten, sind drei schwer verletzt in das Krankenhaus von Brügge eingeliefert worden.

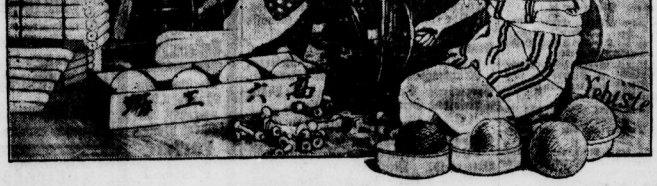
Ein verwegener Raubüberfall wurde auf das Verwaltungsgebäude der International Harvester Company in Chicago von acht schwerbewaffneten Banditen verübt. Sie schnitten die Telephonleitungen durch, feuerten mehrere Revolverschüsse ab und zwangen dann die 28 Angestellten, sich auf den Boden niederzulegen, während sie einen Kassenschrank erbrachen und das darin befindliche bare Geld raubten. Die Verbrecher sind mit 80000 Dollar entkommen.

Ein Erdbeben wird aus Sen Sebastian in Portugal gemeldet, das drei Minuten und zwölf Sekunden dauerte. Das Beben war besonders im Süden Portugals sehr heftig. Die Erschütterungen waren in Lissabon so stark, daß die Feder des Seismographen auf dem Observatorium zerbrach.

Von chinesischen Piraten überfallen. Ein holländisches Patrouillenboot wurde in der Nähe von Achim auf Sumatra von Chinesen angegriffen. Es kam zu einem scharfen Kampf, in dessen Verlauf die Holländer einen Toten und sechs Verwundete zu beklagen hatten.

Kinderarbeit in Japan.

Der „Segen" der europäischen Zivilisation.



Mit dem Kapitalismus ist auch die Kinderarbeit in Fabriken nach Ostasien gekommen. Unser Bild zeigt japanische Mädchen, die Hanf zu Stricken zusammendrehen.

Die Unterschlagungen an der Berliner Universität

haben eine eingehende Untersuchung des Geschäftsgebarens des „Allgemeinen Studentenausschusses" ausgelöst. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Student Lehmann seine betrügerischen Machenschaften niemals hätte betreiben können, wenn nicht die Kassenbeamten der Universität mit einer beispiellosen Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit die Ausgabbücher Quittungen Lehmanns vorgenommen hätten. Der Universitätsrat hatte schon einige Tage, bevor die Unterschlagungen zur Kenntnis der Presse kamen, von sich aus eine Untersuchung eingeleitet, die ihm aber von der Staatsanwaltschaft auf Grund einer Anzeige aus der Hand genommen wurde. Zweifellos wird sich der Kultusminister darüber schlüssig machen müssen, ob nicht eine gründliche Reform der studentischen Selbstverwaltung am Platze ist. Im übrigen verdient es hervorgehoben zu werden, daß ausschließlich Mitglieder der radikalen rechtsstehenden Studentenverbände an den unerfreulichen Vorkommnissen beteiligt sind. Deshalb verlangen die linksstehenden Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses, daß mit dem bisherigen System der Auswahl der Vertreter in den obersten Posten der Studentenschaft schnell und gründlich gebrochen wird.

Die Zahl der Berliner Hungerkünstler hat sich auf vier vermehrt. Berlins neueste Berühmtheit, der Hungerkünstler Jolly, der seit dem 13. Februar in seinem Glaskasten fastet, ist nun am 4. März mit einem neuen Kollegen namens Eric in Konkurrenz getreten. Ferner haben sich am Freitag wieder zwei Hungerkünstler, der „kleine Harry" und „Fastello" in die Einsamkeit versiegelter Glasschränke zurückgezogen. Es kommt also auf je eine Million der Stadt Berlin ein Hungerkünstler! Harry und Fastello wollen mit ihren 50 Tagen den „48tägigen" Jolly schlagen und mit ihrer 50tägigen Kur einen neuen Weltrekord aufstellen.

Dortmunder Sechstagerennen.

Im Dortmunder Sechstagerennen waren bis zur 25. Stunde 681 520 Kilometer zurückgelegt. Am Freitagabend stürzten in der Zielkurve gleichzeitig Schamberg, Saldow, Jensen und Dederichs, doch blieben alle Fahrer unverletzt. Der Stand am Sonnabendmorgen war: 1. Louck-Cugnot 86,2; 2. Thollenbeck-van Nek 69; 3. Degraeve-Busse 61; 4. Rieger-Knappe 53; 5. Möller-Bevamow 38; 6. Oliveri-Tonani 30; 7. Perfyn-Verschelden 24; 8. Bauer-Krupkat; 9. Saldow-Lorenz 16; 10. Dederichs-Hürtgen 16; 11. Jensen-Steinaeß 10; 12. Thiel-Remold 3 Punkte. Eine Runde zurück: 13. Schamberg-Mühlhoff 28 Punkte.

Moderne Pharaonengräber.

Die Sitte, oder besser gesagt, Unsitte, den Toten Juwelen und andere Kostbarkeiten ins Grab mitzugeben, wie es einst in Aegypten der Fall war, lebt in Amerika von Jahr zu Jahr mehr auf. Wie der Vorsitzende der Landes-Organisation der amerikanischen Leichenbestattungs-Anstalten kürzlich mitgeteilt hat, beläuft sich bereits der Wert der mannigfachen Gegenstände, die die Reichen in den Grüften ihrer Angehörigen begraben, auf weit über 80 Millionen Mark im Jahr. Zu diesem Riesenbetrag kommen noch die sehr bedeutenden Unkosten, die der wachsende Pomp der Beisetzungsfeierlichkeiten verschlingt sowie die Aufwendungen, die für die Sicherung der Grüfte im Hinblick auf die Reichtümer, die sie beherbergen, gemacht werden. So gibt es auf amerikanischen Friedhöfen bereits Grüfte, die durch Stahllammern gesichert sind, da die granitenen Mausoleen ihren Inhabern offenbar nicht sicher genug scheinen. Die alten Aegypter bauten schließlich ihre Pyramiden ursprünglich auch nur aus Sicherheitsgründen, aber Stahllammern sind natürlich noch sicherer. Es sind angeblich irische Einflüsse, auf die es zurückzuführen ist, daß in dieser Weise verfahren wird. Tatsächlich besteht in Irland seit jeher die Neigung,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192603 08-15/fragment/page=0003

Verstorbene möglichst reich zu schmücken, während der puritanische Geschmack Englands hierbei die äußerste Sparsamkeit anstrebt. Da das irische Element im Rahmen der amerikanischen Einwanderung in den letzten Jahren eine übertragende Rolle gespielt hat, ist es immerhin möglich, daß die puritanisch-angelsächsische Tradition tatsächlich durch den wachsenden irischen Einschlag der Bevölkerung erschüttert worden ist. Jedenfalls ist es keine Seltenheit mehr, daß wohlhabende Amerikaner ihre Toten jetzt in Silbersärgen begraben lassen, von denen die wohlfeilste Ausführung an 25 000 Mk. kostet. Was in die Särge hineingelegt und ihnen beigelegt wird, ist in diesen Fällen jedoch noch weit kostbarer.

Zusammenstöße bei einer Massenkundgebung gegen die Fürstenabfindung.

Infolge kommunistischer Ausschreitung.

Breslau, 8. März. (WTB.)

An einer Kundgebung, die die Sozialdemokraten am Sonntagmittag gegen die Fürstenabfindung auf dem Neumarkte veranstalteten, nahmen auch die Kommunisten teil. Zwischen Kommunisten und Schupo kam es im Verlaufe der Versammlung zu heftigen Zusammenstößen. Die Ursache bot ein Wagen, den die Kommunisten mit sich führten, und auf dem sich ein Fallbeil mit einer Puppe befand, das von Zeit zu Zeit auf den Kopf dieser Puppe niedersauste. Die Polizei beschlagnahmte den Wagen. Als sich die Kommunisten wieder in Besitz des Wagens setzen wollten, suchte dies die Polizei zu verhindern, wobei sie mit Gummiknüppeln auf die Menge einhieb. Hierbei wurde ein Mann schwer verletzt, ein anderer leicht. Von den Beamten erlitt ein Mann leichtere Verletzungen. Die Polizei stellte alsdann die Ruhe wieder her.

Begnadigte Fememörder.

Schwerin, 8. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Fememörder Leutnant Schöler und Genossen, die seinerzeit vom Schweriner Schwurgericht unter Ausschluß der Oeffentlichkeit **wegen Ermordung zweier Angehöriger der Schwarzen Reichswehr zum Tode verurteilt worden sind**, wurden jetzt von der mecklenburgischen deutschnationalen Regierung begnadigt. Die Todesstrafe wurde in Zuchthaus umgewandelt.

Bei einer Explosion in der Frankfurter Allee in Berlin wurden 70 Fensterscheiben zertrümmert. Es handelt sich um die Detonation eines Gasgefäßes. Die genauere Ursache konnte noch nicht ermittelt werden.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, 9. März.

4 bis 4.45 und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 5.30 bis 6 Uhr: Leseproben. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Eduard Sievers: „Wege und Ziele der Schallanalyse." 7.30 bis 8 Uhr: „Neues aus der Naturwissenschaft." 8.15 Uhr: Volksabend: „Das Herz der Erde hämmert." Aus der neueren Arbeiter-Dichtung. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1800).

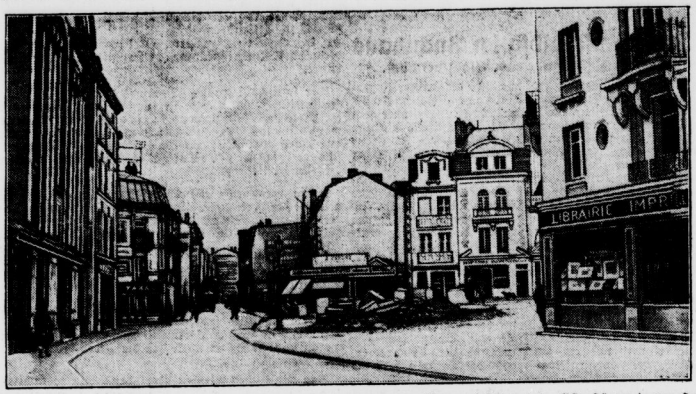
Dienstag: 3 bis 3.30 Uhr: Einheitskurzschrift. 3.30 bis 4 Uhr: Prof. Dr. Thomae (Hamburg): Die Fortbildungsschule als Dienerin des Wirtschaftslebens. 4 bis 4.30 Uhr: Ministerialrat Dr. Ziertmann: Der innere Betrieb der Berufsschule. II. 4.30 bis 5 Uhr: Frl. J. J. Stern: Sing-Sang in der Kinderstube. 7.30 Uhr: „Fidelio." Oper in 2 Aufzügen von L. v. Beethoven. Personen: Don Fernando, Minister. Don Pizarro, Gouverneur eines Staatsgefängnisses. Florestan, ein Gefangener. Leonore, seine Gemahlin, unter dem Namen Fidelio. Rocco, Kerkermeister. Marzelline, seine Tochter. Jaquino, Pförtner. Gefangene. Wachehauptmann, Offiziere, Soldaten, Staatsgefangene, Volk. Die Handlung geht in einem spanischen Staatsgefängnis, einige Meilen von Sevilla, vor. 10.30 bis 12 Uhr: Tanzmusik (Kapelle Eité).

Rundfunk und Arbeiterschaft!

Deutschland hat bereits 20 Rundfunk-Sender (mit Zwischensender) mit einer eingeschriebenen Hörerzahl, die schon über 1 Million erreicht hat. Da von diesen mindestens 75 Prozent proletarische Hörer sind, so sollte es nicht mehr gleichgültig sein, was ihnen für die Gebühr von 2 Mark monatlich für „Kulturgenüsse" vorgesetzt werden. Auch ist zu bedenken, welche Waffe der Rundfunk, als das schnellste Nachrichtenmittel, bereits ist und noch werden wird, wenn der proletarische Hörer nicht schon jetzt rechtzeitig versteht, sich durch Zusammenschluß im Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e. V. Einwirkung auf die Sender und Sendeprogramme zu verschaffen. Der ARK. Deutschlands ist bemüht, Hand in Hand mit den freien Gewerkschaften und den Arbeiterkulturverbänden den Einfluß der Arbeiterschaft im Rundfunk zu erkämpfen. Die bürgerlichen Radiovereine haben in dieser Beziehung nichts für die Arbeiter geleistet und können es auch auf Grund ihrer Einstellung nicht. Der ARK. Deutschlands ist neben den kulturellen Zielen bestrebt, seinen Mitgliedern die praktische Betätigung auf dem Gebiet der Radiotechnik, das Selbstbauen der Apparate zu ermöglichen. Der nächste Rundfunksender kann hier mit einem Einlampen-Apparat, im günstigsten Falle mit einem Detektor-Apparat empfangen werden. Arbeiterfunkhörer, die Lust und Liebe für die Erreichung obengenannter Ziele und Zwecke empfinden, werden gebeten, sich sogleich mit dem Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e. V., Berlin S. 6, Oranienstraße 182, bzw. Ortsgruppe Halle, Harz 42/44, in Verbindung zu setzen, wo sie nähere Auskunft und Werbematerial erhalten können. Im ARK. Deutschlands e. V. sind bisher 75 Ortsgruppen im Reich organisiert. Er hat bereits die internationale Verbindung aufgenommen, weil gerade der Rundfunk besonders geeignet ist, das beste Verständigungsmittel des Weltproletariats zur Verwirklichung der internationalen proletarischen Kulturideale zu werden.

Lederwaren bekannt gute Qualitäten **Pietsch** 32 Steinweg 32 a. Rannisch Platz

Wiederaufbau von Verdun.



Zehn Jahre nach der großen Verdunschlacht ist nun der Wiederaufbau von Verdun fast beendet. Alle Häuser in der Hauptstraße, die unser Bild zeigt sind Neubauten.

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Jungsozialisten. Mittwoch, den 10. März, abds. 8 Uhr, im Jugendheim, Wiedenplatz 20: Vortrag des Gen. W. Naumann über „Fritz Brann". Gäste willkommen.

GAJ. Heute abend 7½ Uhr finden in der Turnhalle Proben zu unserer Frühlingsfeier statt. Das Mitwirken aller ist unerläßlich. Musikinstrumente sind mitzubringen.

Halle. Mittwoch, den 10. März, nachts 1½ Uhr, in der „Rakete" (Kl. Klausstr. 7): Oeffentliche Versammlung für alle im Gastwirtsgewerbe tätigen Angestellten, Kellner, Artisten, Musiker usw. Ref.: Stadtverordneter Petersdorff (Halle).

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, in den „Drei Schwänen": Frauenversammlung. Referent: der Genosse Schulz (Halle). Alle Genossen sind herzlich eingeladen.

Kl.-Wittenberg-Piesteritz. Montag, abds. ½8 Uhr, im „Kolbenheim": Mitgliederversammlung. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. Alles hat zu erscheinen.

Delitzsch. Montag, den 8. März, abends 8 Uhr im „Lindenhof": Sitzung des Gewerkschaftskartells. Wahl des Vorstandes. Alle Delegierten müssen erscheinen.

Annendorf. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Restaurant zum Eisertal": Frauenversammlung. Referentin Genossin Becker (Halle). Freunde und Bekannte sind eingeladen.

Falkenberg. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof": Mitgliederversammlung. Pflicht der Mitglieder ist es, mit ihren Frauen zu erscheinen.

Wolfen. Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr: Frauen-Versammlung. Werbevortrag der Genossin Köpert (Halle). Alle Genossinnen und Genossen mit ihren Frauen müssen zu dieser Versammlung anwesend sein.

Oeffentliche Versammlungen:

Dienstag, den 9. März.

Schönfeld. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Grimm (Artern).

Sachsenburg. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Sauer (Artern).

Elsterwerda. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Vereinshaus". Ref. Genosse Landtagsabg. Drescher (Halle)

Sangerhausen. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Herrnkrug". Ref. Gen. Stadtverordnet. Petersdorff (Halle).

Lausig. Refer. Gen. Lenker (Eilenburg).

Leipa. Refer. Gen. Jentzsch (Eilenburg).

Jeßwitz. Ref. Gen. Neubert (Eilenburg).

Wedelwitz. Referent Genosse Nastrowitz (Eilenburg).

Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr:

Krippehna. Referent Genosse Wielepp (Halle).

Mälzig. Referent Genosse Lenker (Eilenburg).

Paschwitz. Referent Genosse Wiewald (Eilenburg).

Gruna. Referent Genosse Jentzsch (Eilenburg).

Gehsen. Referent Gen. Brüll (Sangerhausen).

Reinsdorf. Referent Genosse Sauer (Artern).

Heldrungen. Referent Genosse Grimm (Artern).

Liebenwerda. Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Ref. Gen. Landtagsabg. Drescher (Halle)

Donnerstag, den 11. März.

Strelle. Referent Genosse Neubert

Modrehna. Referent Genosse Lenker (Eilenburg).

Reideburg. Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Nachtigall". Referent Gen. Petersdorff (Halle).

Delitzsch. Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Ref. Reichstagsabg. Nowak (Harburg).

Artern. Freitag, den 12. März, abds. 8 Uhr, im „Goethehaus". Ref. Genosse Landtagsabg. Drescher (Halle).

Eisleben. Freitag, den 12. März, abds. 8 Uhr, im „Volkshaus". Referent Reichstagsabg. Wendemuth (Breslau).

Bretleben. Sonnabend, den 13. März, Referent Gen. Sauer (Artern).

Kreis Bitterfeld.

Golpa. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Becker (Bitterfeld).

Bitterfeld. Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Reichstagsabg. Lübbring (Dortmund).

Sandersdorf. Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Baum (Bitterfeld).

Schweinitz. Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Becker (Bitterfeld).

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, in „Muths Festsälen". Ref. Reichstagsabg. Peters (Halle).

Schmiedeberg. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Baum (Bitterfeld).

Radis. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr. Referent Genosse Klusmann (Wittenberg).

Piesteritz. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Künstler (Berlin)

Dobien. Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr. Referent Gen. Kunz (Piesteritz).

Straach. Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr. Referent Genosse Privenau (Piesteritz).

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

— **Unterkassierer.** Montag, den 8., und Dienstag, den 9. März: Abrechnung.

— Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im „Volksport", Kartellzimmer: Große Funktionärsitzung.

Stadt-Theater.
Heute 1459
Montag 8 Uhr:
Gabe Gottes
Dienstag 8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel
Grüne Flöte
Regie: Max Reinhardt.
Mittwoch 8 Uhr:
Don Giovanni

Anfang 8 Uhr
Unwiderruflich nur bis 15. März
Liliput
im 1461
Walhallatheater
Die kleinsten Künstler d. Welt umrahmt von einem großen
Varieté-Programm
Mittwoch 3½ Uhr
Schüler-Vorstellg.
zu Einheitspreisen.
Kinder:
Gal. 0.30, II. Rg. 0,50, Park. 0.75, I. Rang 1,00
Erwachsene:
0,50, 1.00, 1,50 und 2,00.
Tel. 8385

Gartenarbeit
nimmt an
Wölfle, Kirchtor 10
Daselbst ist ein neues Kinderbett sowie ein Gartenschlauch (15 m lang) zu verk.

Gute Reklame
durch inserieren im Volksblatt bringt
Gute Geschäfte

Krüm-Brot
(1.)
ist nahrhaft, gesund und preiswert. Verlangen Sie es bei Ihrem Lebensmittelhändler und achten Sie auf die blaue Marke, die jedes Truw-Brot trägt. Es wird ohne Preisaufschlag verkauft.
1453

Damentaschen
Mappen
Portemonnaies
Rucksäcke
Ia Qualität
billig 1256
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr. 19
Lederwar.-Spezialhaus

Tausende Zöpfe
Stück von 3 Mk. an
Alle Ersatzteile
billigst. 1257
Damen-Kopfwäsche
1,00 Mk. mit Ond. 1,50 Mk.
Zopf-Siebert
33 Leipziger Str. 33

Fahrräder
Triumph
Panther
Presto
Viktoria
Opel 1255
Reparaturwerkstatt
Paul Krause
Kleine Ulrichstraße 10a
Zahlungserleichterung.

Funk-Ausstellung
des Arbeiter-Radioklubs Deutschlands e. V. (Halle)
12. bis 15. März 1926 im Volkspark, Halle, Burgstr. 27
Ausstellung, Vorführung v. Rundfunkgerät
Filmvorführungen Lautsprecherübertrag.
14. März, abends: Funkball!
1421

Nur noch Dienstag
Seefische billig
weil Preise steigen, wegen Sturm auf dem Meere knappe Fänge Aus eigenem Kühlwaggon in der
Nordsee
Gr. Ulrichstr. 58 1462
Große grüne Heringe ℔ 15 ₰
Seelachs echter Nordsee, ohne Kopf . . ℔ 22 ₰
Kabeljau ohne Kopf, groß, fett und zart . ℔ 24 ₰
Goldbarsch ohne Kopf ℔ 30 ₰
Besonders billig:
ff. geräuch. Goldbarsch . . . ℔ 50 ₰
Eine Delikatesse sind unsere in eigener Fabrik hergestellten
sauren Sardinen
1 ℔ 60 ₰ ½ ℔ 30 ₰ ¼ ℔ 15 ₰
Allerfeinster Hering in Gelee
1 ℔ 60 ₰ ½ ℔ 30 ₰ ¼ ℔ 15 ₰

Genossen! Werbt neue Leser!

Amtliche Bekanntmachungen

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Festsetzung eines neuen Bebauungs- und Höhenplanes für das von der Hafenbahn, dem Röpziger Weg, der Huttenstraße, dem Böllberger Weg und der Wörmlitzer Straße umschlossene Gelände sowie auch für die hier in Frage kommenden Strecken des Böllberger Weges und der Huttenstraße selbst

Halle, den 2. März 1926. 1461

Der Magistrat.

Piesteritz

Auslegung der Eintragungslisten für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung.

Die Eintragungslisten in der obenbezeichneten Angelegenheit liegen in der Zeit vom 4. bis einschl. 17. März 1926 im Gemeindeamt, Neustraße 1, Zimmer 1 (Meldeamt) wie folgt aus:

Wochentags (außer Sonnabend) von vormittags 8 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr,
Sonnabends von vorm. 8 bis 2 Uhr und Sonntags von vorm. 9½ bis 12½ Uhr

Piesteritz, den 6. März 1926. 1451

Der Gemeindevorsteher.

Helbra

Laut Beschluß des kol. Gemeindevorstandes vom 2. ds. Mts. sind im Gemeindebezirk Helbra die **Leichenschaugebühren** wie folgt festgesetzt:

Bei einem Kinde bis 6 Jahren 3 Mk.
bei einem Kinde bis 14 Jahren 4 Mk.
bei einem Erwachsenen über 14 Jahren 5 Mk. 1450

Helbra, den 3. März 1926.

Der Gemeindevorsteher.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres unvergeßlichen

Fritz

sagen wir für die rege Anteilnahme sowie Kranzspenden unseren aufrichtigsten Dank. Dank Herrn Pfarrer Ehle für die trostreichen uns zu Herzen gehenden Worte und der Schuljugend für den erhebenden Gesang, herzlichen Dank den Vereinen im Muldegau VMBVB. und den Reichsbannerabordnungen Schwarz-Rot-Gold für die ihm erwiesene letzte Ehre. Besonderen Dank seinen lieben Sportfreunden vom VfB Zscherndorf für das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte und das Stellen der Trauermusik.

Wer ihn gekannt, wird unsern Schmerz ermessen. 1458

Zscherndorf, den 3. März 1926.

Hermann Vandeck u. Frau nebst Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260308-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. März 1926.

Parteinachrichten.

Heute, Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, im Parteibureau:

Sitzung des Ortsvorstandes mit den Bezirksführern und -kassierern.

Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig. **Der Vorstand.**

Der erste Sonntag.

Volksbegehren!

Das Volk wehrt sich. Es macht von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, dagegen zu protestieren, daß einige Wenige auf Kosten der Allgemeinheit, auf Kosten des Volkes und der deutschen Wirtschaft Milliarden bekommen.

Hunderttausende leben in Not. Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit bringende tausende Familien an den Rand des Abgrundes. Und die Hunderttausende, die heute in unwürdigen Löchern, in überfüllten Wohnungen hausen müssen, schreien vergeblich nach Wohnungen.

Für all die Opfer der Wirtschaftskrise hat der Staat kein Geld — —

*

In den dreizehn Einzeichnungslokalen in den städtischen Schulen herrschte gestern reges Leben. Die um ihren Sonntagsvormittagsbummel gebrachten Magistratsangestellten, meist sehr jugendliche Leute, machten ein mürrisches Gesicht.

Ein großer, breitschultriger Mann, ein wahrer Hüne, gibt Namen und Adresse an. Dieser Mann, der mit Bärenkräften für zwei arbeiten könnte, muß nun schon Monate feiern. Und trotz aller Bemühungen konnte er keine Beschäftigung finden. Mit 8,50 Mk., in Worten acht Markundfünfzig Pfennigen, muß er die Woche auskommen. Ein Glück, daß er noch ledig ist — aber trotzdem — 8,50 Mk. pro Woche ist doch zu wenig zum Leben, zumal wenn man alleinsteht.

Mit der breiten ungelenken Hand setzt der Arbeiter seinen Namen auf die Liste.

*

Die Sozialrentner und Arbeitsinvaliden hatten um 10 Uhr im „Volkspark" eine Kundgebung und begaben sich dann geschlossen in die Wahllokale, um von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Unter ihnen bemerkte man ein altes Ehepaar, das alle noch vorhandene Kraft zusammenraffte, um das sehr weit entfernt gelegene Abstimmungslokal zu erreichen. Der alte Mann stützt sich schwer auf seinen Stock, und die Frau hängt am Arm des alten Mannes. Es geht ihnen wie so vielen: Ein langes Leben der Arbeit liegt hinter ihnen. Pfennig nach Pfennig wurde gespart und kurz vor dem Kriege hatten sie ein Sümmchen beieinander, das ihnen ein bescheidenes, aber sorgenfreies Dasein gewährleistete. Die Inflation, als Folge des Krieges, raubte ihnen auch den letzten Pfennig. Nun sind sie Gäste des Wohlfahrtsamtes — —

Mit zittriger Hand schreiben die Alten ihren Namen in die Liste gegen die Fürstenabfindung.

*

Ein Kind an der Hand und ein einjähriges auf dem Arm betritt eine abgehärmte Frau das Schulzimmer. Seit Monaten lebet die Familie Not. Der Mann Kurzarbeiter. Und dazu muß sich die Familie trotz Vormerkung im Wohnungsamt mit einem Zimmer begnügen — und sie müssen doch fast mehr Miete zahlen, als eine eigene Wohnung kostet. Und nachdem der Wohnungsbau noch mehr eingeschränkt wird ist die Aussicht auf eine eigene Wohnung noch geringer. Und daß die Fürsten, die ohnehin schon Schlösser mit Landbesitz haben, jetzt noch mehr verlangen, kann diese einfache Arbeiterfrau, die Not leidet, nicht begreifen.

Sie schreibt ihren Namen in die Liste und hilft so, dem Unrecht wehren.

*

So kommen noch viele. Männer und Frauen, junge und alte. Jeder hat seine Geschichte. In den Gesichtern steht sie geschrieben und erzählt von Not und Elend, von Kummer und Sorge. Und sie alle können nicht verstehen, daß ein Volk, das durch die Schuld der Fürsten erst ins Elend gekommen ist, nun auch noch diesen Leuten Milliarden hinterherwerfen soll. Sie alle protestieren nun.

Bis 17. März wird in den dreizehn Abstimmungslokalen reger Betrieb herrschen. Das Volk will nicht, daß man Leuten, die in Not und Gefahr das Weite gesucht haben, noch Millionen an Geld und Gut gibt.

Hast du auch schon deinen Namen in die Liste geschrieben?

*

Ueber den augenblicklichen Stand der Einzeichnungen in Halle können genaue Angaben noch nicht gemacht werden, da der reaktionäre Magistrat alles tut, um die Feststellungen zu erschweren. Jedenfalls war gestern der Andrang vielfach sehr stark. Im benachbarten Ammendorf wurden bis gestern abend 2350 Unterschriften gezählt.

Enteignung der Ziegenhalter.

Huh! Huh! Der schwarze Mann!

Damit erschrecken einfältige Eltern ihre Kinder. —

Der Dr. Elze von der „Allgemeinen Zeitung" versuchts mit dem roten Mann. Allerdings unter Voraussetzung eines Maximums von Einfalt bei seinen Lesern.

Dem fabelhaften Geisteskindlein, das dieser Doktor am Sonnabend geboren hat, gesellte sich heute das neue seiner Gesinnungsfreunde zu.

Der deutschnationale Ortsverein hat sein Kindlein an den Litfaßsäulen aufgehangen, damit jedermann, auch die vielen Arbeitslosen, sich an ihm ergötze. —

Nun werden die furchtsamen Hallenser gewiß an den Lokalen, in denen „die zweite Revolution gemacht" wird, schlotternden Knies vorbeischleichen. Denn, so sagt der Aufruf, in diesen Räuberhöhlen trachtet man nicht nur nach dem Vermögen der Fürsten, sondern — huh, huh! — es ist die Aufteilung des kleinsten Besitzes bereits vorbereitet. —

Wir können dazu melden, daß in der Tat diese Verteilung bereits auf dem Papier steht. Von den Genossen unserer Redaktion ist beispielsweise dem einen die 5 Quadratmeter große Ziegen- und Karnickelweide des Dr. Elze zugesprochen, während ein anderer die in Schweinsleder gebundenen Tirpitz-Memoiren einer bekannten hallischen Patriotin erhalten wird.

Wir raten, angesichts dieser „erschröcklichen Perspektiven" allen, auch den kleinsten, Besitzern, ihr Eigentum zu verkaufen und den Erlös ihrem Landesherrn, der im Ausland weilt, zu treuen Händen anzuvertrauen; denn da ist er am sichersten untergebracht, wie man aus Erfahrung — ein Blick in sein Sparkassenbuch wird das jedem Besitzer erneut bestätigen — weiß.

Also: Auf, bevor die zweite Revolution kommt!

„Wunder der Schöpfung."

(Pressevorführung.)

Behörden und Presse waren am Sonntagvormittag zu der Erstaufführung des grandiosen Kulturfilms „Wunder der Schöpfung" nach dem Ufa-Theater auf der Alten Promenade geladen. Gleichzeitig mit dieser Aufführung sollte die Gründung einer Kulturfilmgemeinde Halle der Ufa verbunden sein. Vor der Aufführung wies ein Vertreter der Ufa darauf hin, daß die zu gründende Kulturfilmgemeinde eine Einrichtung für alle Bevölkerungsschichten ohne Unterschied der Partei sein solle und daß die Vorführungen Sonntagvormittags stattfinden sollten. Wissenschaft, Kunst, Technik, Sport und Forschungsreisen seien die Hauptgebiete, aus denen der Stoff zu den Filmen genommen werde. Durch den planmäßigen Besuch soll eine sonst nicht erreichbare Verbilligung der Eintrittspreise erzielt werden.

Ein Vorspiel des Orchesters leitete zu dem gewaltigen Filmwerk über. Hanns Walter Kornblum, ein unermüdlicher Pionier auf dem Gebiete des Kultur- und Lehrfilms, gebührt der Löwenanteil des Erfolges. Der erste Teil des Films gibt einen recht anschaulichen, wissenschaftlichen Ueberblick über die Entwicklung der Astronomie von den Babyloniern und Chinesen ausgehend über Ptolomäus, Keppler, Newton, zu Einstein. Kulturhistorische Spielszenen unterbrachen die sonst leicht ermüdende Doktrin. Am nächtlichen Sternhimmel betrachten wir die Gestirne und ihre Konstellationen. Der Einfluß des Mondes und der Sonne auf unsere Erde wird in eindrucksvollen Bildern demonstriert. Durch technisch meisterhafte Trickaufnahmen wird uns das Entstehen von Sommer und Winter, Tag und Nacht, Kälte und Hitze veranschaulicht. Damit begnügen wir uns jedoch nicht: wir besteigen das „Raumschiff". Und ausgerüstet mit allen Mitteln der Technik und Wissenschaft höchster Kulturstufe durcheilen wir in phantastischem Fluge den Weltenraum. Die Erde entschwindet in der Ferne als zierlicher Punkt. Auf dem Mars, der Venus, dem Jupiter und vielen anderen Gestirnen lernen wir Verhältnisse und Leben kennen. Recht angenehm ist ein Spaziergang auf dem Monde, wo wir mit Leichtigkeit viele Meter hohe Sprünge vollführen können, da die Schwerkraft der Erde fehlt. Auf dem Jupiter sind wir mit vierfacher Erdenschwere belastet und sind froh, daß wir mit dem Raumschiff weiterreisen können. Die Szenen, die Schwerkraft und Anziehungskraft plausibel machen, riefen stürmische Heiterkeit hervor. Bald bemerken wir, daß wir mit dem Fernsehen draußen im Weltenraum fern von der Erde ein Opfer der Lichtjahre werden.

Seinen dramatischen Höhepunkt erreicht der Film in dem Weltuntergang, „Källetod oder Feuertod?" ist die Frage. Wir erleben im Film beides. (Es tut ja nicht weh!) Ein fremder Planet stürzt vom Himmel und seine Flammen fressen alles auf. Die Erde zerbirst in glühende Stücke, alles vernichtend. Oder die zweite Möglichkeit: Kein Baum, kein Strauch; nur hungernde, frierende und erschöpfte Menschenkinder, die bei weiter zunehmender Kälte einer nach dem anderen ihr Leben aushauchen, bis das letzte Lebewesen der Erde zugrunde gegangen ist.

Dieser Film bedeutet eine nie dagewesene Spitzenleistung auf dem Gebiete des Kulturfilms. Er wurde mit dankbarem Beifall aufgenommen. Der äußere Erfolg der Vorführung war, daß sich eine große Zahl der geladenen Gäste in die bereitliegenden Listen als Mitglieder der Kulturfilmgemeinde der Ufa, wie sie bereits in anderen Großstädten besteht, einzeichnete. Bemerkt sei noch, daß diese Filmgemeinde ein streng gesondertes Unternehmen von der in Halle bereits bestehenden Kulturfilmgemeinde ist.

Es wird jedenfalls einen scharfen Kampf um die Palme geben!

E. Hz.

Die Lebenshaltungskosten unverändert.

Leichter Rückgang der Großhandelsindexziffer.

Die auf den Stichtag des 3. März berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 24. Februar (117,6) um 0,3 v. H. auf 117,3 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 111,5 auf 111,3 oder um 0,2 v. H., die Industriestoffe von 129,0 auf 128,5 oder um 0,4 v. H. nachgegeben. Für den Durchschnitt Februar ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsziffer von 120,0 im Durchschnitt Januar auf 118,4 oder um 1,3 v. H.

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern, berechnet vom Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem Stande vom 3. März 1926 gegenüber der Vorwoche unverändert (Gesamtindex 1,27).

„Die Gabe Gottes!"

Der „sittliche Entrüstungsschrei", den ein hiesiges Rechtsblatt über die „Gabe Gottes" ausstieß, hatte seine Wirkung gemacht: Das Theater war gefüllt mit jungen und älteren Herrschaften. Vor mir saßen zwei jüngere Damen. — Nach dem ersten Akt sahen sich beide erstaunt an.

„Warte nur ab, Katharia, es kommt noch," tröstete die eine, „sonst hätte mein Vater nicht so gewettert. — Wir müssen in den Pausen sitzenbleiben. Es könnten uns Bekannte sehen, und das wäre für uns unangenehm; denn man hat es doch gelesen, daß es ein gemeines Stück ist."

„Nun, die Bekannten wären ja in diesem Fall auch da."

„Ja. Aber nur, um sich zu entrüsten. Oder studienhalber, wie man so sagt. Während wir . . .?" Sie blickte schelmisch ihre Nachbarin an. —

Nach dem zweiten Akt: „Schnitzlers Reigen" gefiel mir besser. Ich hatte mir mein Gott was versprochen. Nun ist's ein alter Kerl, der sich wie ein junger Hengst gebärdet."

„Ja, es ist nichts besonderes; man kennt doch die alten Herren."

Schluß. Das Publikum strebt den Ausgängen zu. Die beiden Damen verharren, mißtrauisch um sich blickend, noch einige Augenblicke. Plötzlich duckt sich die eine erschreckt:

„Um Gottes Willen, Käte, dort ist mein Vater!"

Die Gefahr geht vorüber: der Herr Papa hat seine Tochter nicht entdeckt.

„Ich möchte nur wissen," sagt deren Freundin im Hinausgehen, „was dein Vater heute schon wieder hier wollte."

„Aber Käte, du weißt doch, daß er zweiter Vorstand des „Bundes zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit" ist, und da muß er doch . . ."

„Du," hörte ich die Freundin noch im Weggehen sagen, „ist da vielleicht noch ein Posten im Vorstand frei? Das wäre in der Tat eine Gabe Gottes." — Kiek —

Darlehen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.

In einer Kleinen Anfrage einiger Landtagsabgeordneter wurde das Staatsministerium ersucht, gegenüber der Preußischen Landespfandbriefanstalt eine Herabsetzung der Zinsen für Zwischenkredite, die ihr zur Förderung der Neubautätigkeit an gemeinnützige Bauvereinigungen gegeben werden, mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1925 anzuordnen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der zugleich für den Finanzminister erteilten Antwort des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, war bei der ministeriellen Festsetzung der Darlehensbedingungen für Zwischenkredite zur Förderung des Kleinwohnungsbaues für die minderbemittelte Bevölkerung aus Staatsmitteln der Grundsatz maßgebend, daß die Verzinsung des Zwischenkredits höher sein muß als die des später zu bewilligenden Dauerkredits. Andernfalls war zu befürchten, daß der Zwischenkredit, der möglichst zweimal im Jahre umgeschlagen werden soll, nicht rechtzeitig durch Aufnahme eines hypothekarischen Darlehens abgelöst werden würde und die Mittel des Zwischenkreditfonds entgegen ihrer Bestimmung zu lange Zeit an einer Stelle festgelegt sein würden, so daß ihr volkswirtschaftlicher Nutzen also herabgesetzt würde.

Infolge Senkung des Reichsbankdiskonts ist die Jahresverzinsung der Zwischenkredite, die sich nach diesem Diskontsatz richtet, schon unter Geltung der bisherigen Darlehensbedingungen bereits wesentlich (zweimal um je 1 Prozent) zurückgegangen. Darüber hinaus wurden in der Zwischenzeit die Darlehensbedingungen durch Fortfall eines Zinszuschlages und Herabsetzung der Nebenkosten sowie in anderer Weise, teils mit Wirkung ab 1. April 1925, teils ab 1. Februar 1926, derart erleichtert, daß sich für den Zwischenkredit jetzt einschließlich der Nebenkosten eine Verzinsung von etwa 10,2 bis 11,2 Prozent für das Jahr berechnet ergeben wird.

*

Keine Gebühren mehr in Wohnungsangelegenheiten. Die Verwaltungsgebührenordnung in Angelegenheiten der Wohnungswangsbewirtschaftung vom 8. August 1924/4. März 1925 wird, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, durch Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Bruno H. Bürgel-Vortrag. Der vom Touristenverein „Die Naturfreunde" am 13. März veranstaltete Lichtbildervortrag des bekannten Astronomen Bruno H. Bürgel findet nunmehr, wie uns heute mitgeteilt wird, im großen Saale des „Volkspark" statt. Es wird erwartet, daß die Arbeiterschaft den Vortrag recht zahlreich besucht. Karten sind jetzt bereits im Vorverkauf bei den „Naturfreunden" zu haben.

Freitod eines Dienstmädchens. Am Sonnabend gegen Mitternacht brachte sich eine Hausangestellte mit einem Trommelrevolver in selbstmörderischer Absicht einen Schuß in die Herzgegend bei. Sie wurde mit dem Krankenwagen der Klinik zugeführt, wo sie nach mehreren Stunden verstorben ist. Nach hinterlassenen Briefen ist die Tat auf Schwermut zurückzuführen.

Von der Straße. An der Ecke Köthener und Trothaer Straße stieß ein Personenkraftwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt. Ecke Brüderstraße-Marktplatz stießen zwei Fuhrwerke zusammen. Hierbei kam ein Pferd zu Fall, so daß es eine Verletzung am Kopf erlitt. An der Ecke Thomasiusstraße-Pfännerhöhe erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Kraftbreirad. Der Dreirad wagen fiel um und wurde so stark beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. Ein Insasse erlitt leichte Verletzungen.

Warnung vor einem Betrüger! Die Reichspost veranstaltet zurzeit eine Sammlung zur Beschaffung von Rundfunkgerät für Kriegs- und Zivilblinde durch die Brief- und Geldzusteller. Diesen Umstand macht sich ein Betrüger zunutze, indem er versucht, unter Vorlegung einer Liste unberechtigt für sich zu sammeln. Es wird gebeten, ihn festnehmen zu lassen.

Was alles unternommen wird,

um auf dem Lande das Einzeichnen zu erschweren, lehrt das Gebaren des Gemeindevorstehers von Bebitz (Saalkreis). Jedenfalls von einer zentralen Stelle ausgehend, wird die Meinung verbreitet, als handele es sich bei dem jetzt vor sich gehenden Eintragungsverfahren nur um eine Kontrolle der Wählerliste, um an dem nachfolgenden Volksentscheid teilnehmen zu können. Der Gemeindevorsteher lief nun von Haus zu Haus und versicherte allen Wahlberechtigten, sie brauchten nicht besorgt zu sein, denn sie stünden noch alle in der Liste. Verteufelt schlau, nicht wahr? Nur schade, daß der Trick nicht gelang. Wissende gingen hin und durch das Dorf und bedeuteten den durch Inflation Enteigneten, daß sie aufs Gemeindeamt gehen müßten, um ihren Namen in die dort ausgelegte Liste einzuzeichnen. Dieser Vorgang ist aber ein neuer Beweis dafür, daß namentlich auf dem Lande alle Mittel und Kräften gearbeitet werden muß.

*

Ammendorf. Die von der SPD. einberufene öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Volksentscheid und Fürstenhabgier" war zwar nicht gut besucht, aber von dem besten Geiste beseelt. Der Referent Genosse Undeutsch (Merseburg) entledigte sich seiner Aufgabe, nachzuweisen, daß es Pflicht jedes wahlfähigen Volksgenossen ist, sich bei dem Volksbegehren in die dazu ausgelegten Listen eintragen zu lassen, in bester Weise. In der Diskussion meldete sich keiner der Fürstenfreunde, was sehr verständlich ist, da es ja gelingt, hinten herum viel bessere Erfolge durch Sabotage zu erzielen. Wahrscheinlich aus Aerger darüber, daß unsere Genossen den Kommunisten und Rotfrontlern den Gefallen nicht getan haben und in ein sogenanntes Einheitskomitee eintraten, dirigierten sie ihre Anhänger in das „Elsterta l". Das Verwerfliche dieser Handlungsweise wird noch dadurch dokumentiert, daß man sich vorher von unseren Genossen die Versammlung mitteilen ließ mit der Begründung, dafür zu sorgen, daß sie gut besucht würde. Wenn wir von jeder die Maßnahmen der KPD. mißtrauisch betrachteten, so gibt uns ihr Verhalten Veranlassung, in Zukunft noch mißtrauischer zu sein. Die Art, in welcher von ihnen durch die Aufzüge die Straßen rebellisch gemacht werden, dürfte vielen, statt zur Eingeichnung zu gehen, als Abschreckungsmittel erscheinen. Wir sind nach wie vor der Meinung, und das brachte auch unser Redner zum Ausdruck, daß man jede vom Volke getragene Bewegung mit der größten Sachlichkeit behandeln müsse, um sich das nötige Ansehen auch bei den Volksgenossen zu erringen, die augenblicklich noch unschlüssig sind, sich einer Arbeiterpartei anzuschließen.

Könnern. Zu dem Stilliegen der Malzfabrik Schulze u. Co. in Könnern geht uns noch folgende Mitteilung zu von der Gläubigerversammlung, die am Dienstag in Halle tagte. Bei der Getreidegroßhandlung Karl Schmidt in Halle belaufen sich die Passiven auf 1,4 Millionen, die Aktiven auf 1,2 Millionen Mark. Es handelt sich bei den Aktiven um nominelle Werte in Form von Grundstücken in Halle und der Malzfabrik Schulze u. Co. in Könnern, bei welcher Karl Schmidt Mitinhaber ist. Von der Insolvenz werden außer Getreidefirmen in der Umgebung von Halle eine Reihe von Bankfirmen und Bankhandwerkern in Könnern und sonstige Firmen betroffen. Die Passiven bei der Firma Schulze u. Co. belaufen sich auf 850 000 Mk., von denen 570 000 Mk. gedeckt sind. Bei beiden Firmen betragen die Schulden zirka 1 850 000 Mk. Dazu kommen noch von Karl Schmidt in 22 Fällen verübter, bisher bekannter Betrugsvergehen von 200 000 Mk. In der obenerwähnten Versammlung ging dann die Absicht hervor, den Konkurs bei der Firma Schulze u. Co. zu beantragen. Durch diese Stillegung ist wieder eine große Anzahl Arbeiter brotlos geworden.

Drehlitz. Endlich eine Tat des „Retters". Heinzelmännchen schmuggelten uns gestern abend in unseren Redaktionsbriefkasten ein Zettelchen, auf dem folgende Zeilen geschrieben waren: „Dienstauszeichnung durch den Reichspräsidenten. Drei Generationen hindurch, und zwar ununterbrochen über 51 Jahre lang, hat die Witwe Frau Grote so treu wie fleißig auf dem Gute des Herrn Walter Bley in Drehlitz Arbeit geleistet. In Anerkennung dessen ist ihr vom Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ein Ehrengeschenk in Gestalt von 30 Mk. in bar nebst Urkunde zugegangen." — Wenn der Dienstherr der Alten noch seinen Teil dabei tut — dem Rangunterschied zwischen ihm und dem Herrn Reichspräsidenten entsprechend vielleicht eine Mark fünfzig —, dann kann die Frau für ihre 15 700 Arbeitstage für den Rest ihrer Tage ein sorgenfreies Leben führen! Der Anblick der „Urkunde" wird ihr überdies allen Gram über ihr entwertetes Sparkassenbuch vergessen lassen. Heil ihrem „Retter"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260308-15/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Schafft Mittel für den Kampfstands!

Die Fürstenlakaien und monarchistischen Bezieher fetter Pensionen aus der ausgepumpten Kasse der Republik führen auch den Kampf gegen das Volksbegehren mit den verwerflichsten Mitteln. Ihr wirtschaftlicher Einfluß und ihr Einfluß auf die bürgerliche Presse kommen ihnen dabei gut zustatten. Es gilt deshalb, überall Aufklärung zu verschaffen. Dazu sind Geldmittel vonnöten, weshalb die von der Bezirksleitung der SPD. herausgegebenen Sammellisten fleißig in Umlauf gesetzt werden müssen.

Es ist auch gestattet, für diesen Zweck öffentlich Gelder einzusammeln, ohne daß eine behördliche Genehmigung dazu eingeholt zu werden braucht. Bekanntlich sind behördlicherseits Geldsammlungen der KPD. inhibiert worden, da keine Genehmigung eingeholt war. Einer Beschwerde der KPD. dagegen ist stattgegeben worden, und der Staatskommissar für die öffentliche Wohlfahrt hat jetzt erneut auf einen Erlaß vom 24. Oktober 1925 hingewiesen, wonach Geldsammlungen zu politischen Zwecken keinerlei Genehmigung bedürfen.

Unsere Leser machen wir aber erneut darauf aufmerksam, daß die Geldsammlung von den beiden Parteien, die das Volksbegehren beantragt haben, getrennt ausgeübt wird. Gemeinsame Listen gibt es nicht, ebenso sind die von einem sogenannten Einheitskomitee herausgegebenen Listen zurückzuweisen, da die SPD. an diesem Komitee nicht beteiligt ist.

Jeder sammle und zeichne nur auf den von der SPD. herausgegebenen und mit deren Stempel versehenen Listen!

Arbeit für den Provinziallandtag.

Dem am Dienstag, dem 16. März, nachmittags 3 Uhr, zusammentretenden 41. Provinziallandtag sind bis jetzt folgende Vorlagen des Provinzialausschusses zugegangen: der Haupthaushaltsplan und die für die einzelnen Zweige der Verwaltung vorgesehenen Sonderhaushaltspläne, der Verwaltungsbericht des Provinzialausschusses für das Rechnungsjahr 1924, das bekanntlich mit einem Verwaltungsüberschuß von rund 3½ Millionen RM. abschloß, die Etatsüberschreitungen sowie eine Vorlage wegen Errichtung eines Landeserziehungsheimes für schulentlassene Mädchen in Eilenburg, Vermehrung der Plätze für Geisteskranke, Erweiterung der Blindenanstalt in Barby, Bau einer Brücke über die Elbe in der Altmark, Beteiligung des Provinzialverbandes an der Fertigstellung der Eisenbahn Eilenburg–Burgen durch Hergabe eines verlorenen Zuschusses in Höhe von 62 000 Mark, die Arbeitszeit des Pflegepersonals der Heilanstalten, Aenderung der Bestimmungen des Beamtenreglements vom 20. März 1876 über die Festsetzung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten, Aenderung der Besoldungsordnung und des 6. Nachtrages zum Statut des Provinzialverbandes, Wahl von Mitgliedern des Wasserbeirats, Verlängerung der Bürgschaftsübernahme für Unwetterschäden und Kredite seitens der Provinz sowie der Haushaltsplan für die Städtefeuersozietät für 1926/27.

Die Propaganda für das Volksbegehren.

Stellungnahme des preußischen Innenministers.

In einer Kleinen Anfrage eines deutschnationalen Landtagsabgeordneten wurde Beschwerde darüber geführt, daß von den das Volksbegehren beantragenden Parteien die Eintragungslisten für das Volksbegehren betreffend Fürstenenteignung an Gemeinde- und Gutsvorsteher mit einem Plakat gesandt wurden, das die Bezeichnung „Bekanntmachung" trage und von der Einzeichnung in die Listen als von „politischer Pflicht" spreche. Aus der Antwort des preußischen Innenministers teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit:

Organisationen, die ein Volksbegehren verfolgen, können nicht daran behindert werden, nach Zulassung des Verfahrens neben den Eintragungslisten auch Propagandamaterial, dessen amtlich Bekanntgabe ihnen erwünscht wäre, den Gemeindebehörden zu übersenden. In dem zur Durchführung des Volksbegehrens „Enteignung der Fürstenvermögen" ergangenen Erlaß vom 20. Februar d. J. sind jedoch die Gemeindebehörden ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß weitere amtliche Bekanntmachungen als die über Art, Tag und Stunden, an den die Eintragungslisten zur Eintragung ausliegen, nicht in Betracht kommen, und daß insbesondere Aufrufe (Plakate) von Parteien usw., die sich für oder gegen den von den Antragstellern vorgeschlagenen Gesetzentwurf aussprechen, keineswegs zum Gegenstand einer amtlichen Veröffentlichung gemacht werden dürfen, da eine behördliche Beeinflussung des Verfahrens zu vermeiden sei.

*

Unseres Wissens ist den Gemeindevorstehern und Gutsvorstehern keinerlei Agitationsmaterial zugestellt worden, das über den Rahmen des vom Minister als zulässig erachteten hinausgeht. Mithin ist von seiten der den Volksentscheid begehrenden Parteien keine behördliche Beeinflussung des Verfahrens beansprucht worden. Im Gegenteil wird das Verfahren behördlich beeinflußt, indem zahlreiche Gemeinde- und Gutsvorsteher das Volksbegehren illustrierisch zu machen suchen. Darüber wird dem Minister noch Material zur Verfügung gestellt werden.

Die Stickstoffwerke Piesteritz.

Abbau der Sozialzulagen für gesundheitsschädliche Arbeit.

Auch die Stickstoffwerke in Piesteritz betrachten die große Arbeitslosigkeit als willkommene Gelegenheit, den Lohn der Arbeiter zu kürzen. Zunächst wollen sie sich damit begnügen, die Sozialzulagen zu streichen, die auf Grund gesundheitsgefährlicher Beschäftigung bisher gezahlt wurden. Angeblich bestehen diese Gesundheitsgefahren jetzt plötzlich nicht mehr, und das soll sogar durch eine Sachverständigenkonferenz bestätigt worden sein. Wie diese Sachverständigenkonferenz zusammengesetzt war, geht aus einer Kleinen Anfrage hervor, die von den sozialdemokratischen Abgeordneten Drescher (Halle) und Hartleib (Hannover) dem Preußischen Landtag unterbreitet ist. Diese Anfrage lautet:

„Auf Grund einer Beschwerde des Arbeitgeberverbandes und des Landbundes im Bezirk Kleinwittenberg-Piesteritz über die von den Mitteldeutschen Stickstoffwerken in Piesteritz verursachte Staubplage hat auf Veranlassung der Landesanstalt für Wasser- und Lufthygiene in Dahlem im Juli 1925 unter Vorsitz des Beauftragten der Landesanstalt Dr. Mehring und unter Hinzuziehung des Arztevereins von Wittenberg und Umgegend eine Konferenz stattgefunden, die über den Umfang der Staubplage und ihre schädlichen Wirkungen für die Arbeiter der Mitteldeutschen Stickstoffwerke, für die in der dortigen Gegend wohnenden Menschen und über die Schädigung der landwirtschaftlichen Vegetation ein Gutachten abgeben sollte. Die beiden Aerzte, Dr. Busse und Dr. Grzibek, die zirka 80 Prozent der Arbeiter der Mitteldeutschen Stickstoffwerke bei Krankheitsfällen behandeln und deshalb besonders befähigt sind, ein Urteil über den Gesundheitszustand der Arbeiter abzugeben, haben aus unbekannten Gründen trotz Einladung an der obengenannten Sachverständigenkonferenz nicht teilgenommen.

Das von der Sachverständigenkonferenz bzw. von der Landesanstalt für Wasser- und Lufthygiene an das Wohlfahrtsministerium erstattete Gutachten soll sich sehr günstig über den Gesundheitszustand der Arbeiter äußern und die Angaben der Beschwerdeführer über die Staubplage als übertrieben bezeichnen. Das erwähnte Gutachten nimmt aber die Betriebsleitung der Mitteldeutschen Stickstoffwerke zum Anlaß, die Beseitigung der Sozialzulagen vorzunehmen, die bisher auf Grund tariflicher Vereinbarungen für gesundheitsschädliche Arbeit an die Arbeiter bezahlt wurden.

Wir fragen:

1. Sind der Regierung diese Vorkommnisse bekannt?
2. Ist die Regierung bereit, Auskunft darüber zu geben, auf welche Weise und aus welchen Gründen die Betriebsleitung der Mitteldeutschen Stickstoffwerke von den Feststellungen des Sachverständigengutachtens Kenntnis erlangt hat?
3. Ist die Regierung bereit, über den Inhalt des Sachverständigengutachtens Auskunft zu geben?"

Es ist ein starkes Stück, das sich hiernach die Betriebsleitung der Piesteritzer Stickstoffwerke geleistet hat. Das in Betracht kommende Gutachten richtete sich gegen die Bestrebungen rechtsstehender Kreise, den Piesteritzer Betrieb aus der dortigen Gegend zu verdrängen. Dieser von politischer Rückständigkeit und wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit diktierte Plan ist verbindert worden. Indes kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeit in diesem Betriebe, besonders in einigen Abteilungen, äußerst gesundheitsschädlich ist. Das weiß die Betriebsleitung, und wenn sie trotzdem einen solchen Vorstoß gegen die tariflich festgelegten Sozialzulagen unternimmt, so zeigt sie darin, wie wenig sie Sinn und Gefühl für die Lage der dortigen Arbeiter hat. Hoffentlich gelingt es, diesen brutalen Unternehmerakt abzuwehren.

Kelbra. Verkehrsverbesserung. Auf eine Eingabe des Harzer Verkehrsverbandes bzw. der Arbeitsgemeinschaft und der Petitionen hiesiger Einwohner hat sich die Eisenbahndirektion entschlossen, ab 10. März den Personenzug Nr. 572 zwischen Halle und Nordhausen beschleunigt und im Interesse des Schulverkehrs aus der Goldenen Aue nach Nordhausen früher gelegt. Der Zug fährt bereits 7.20 Uhr vormittags, also 18 Minuten früher, von Berga-Kelbra ab.

Torgau. Trotz Terrorsvoller Erfolg. Für Mittwoch hatte die Freie Turnerschaft die Vorführung des Films „Die neue Großmacht" übernommen. Mangels Gelegenheit mußte die Vorführung im „Bürgergarten" gegeben werden, die sich auch dort zahlreichen Besuchs erfreute. Infolge der vielen Umstände waren die Bilder erheblich kleiner als sonst, woran die Besucher sich wenig störten. Was aber die größte Störung hervorrief ist der Umstand, daß beide Kinoinhaber von Torgau es abgelehnt hatten, diesen Film in ihrem Kino laufen zu lassen. Anscheinend sahen sie keine Gewähr, daß der Besuch ein guter wird und „fürchteten" einen „Hereinfall". Das ist bislang noch bei keinem proletarischen Film der Fall gewesen. Aber wenn man die Eintrittspreise eben nicht etwas herabmindern will, um allen Bewohnern Gelegenheit zu geben den Film anzusehen, dann freilich hat man nur den sonntäglichen Besuch. Wie dem auch sei, wir sind überzeugt, daß die Kinobesitzer vor einer Pleite keine Angst haben, wohl aber fürchten sie den Widerstand der reaktionären Kreise, die nicht mehr als alles aufbieten, um Nützliches für die Arbeiterschaft zu unterbinden. Die Kinobesitzer sollen sich aber im Zukunft, wenn derartige Sachen sich wiederholen, merken, daß alles getan werden wird, um die Arbeiterschaft von ihren Kinos abzuhalten, und es wird bei einem erheblichen Teil gelingen, wie dies bereits am Dienstag zum Ausdruck kam. Aber nicht allein Kinobesitzer, sondern auch andere Instanzen bereiten bei solchen Gelegenheiten die erdenklichsten Schwierigkeiten. Da sollte denn der Raum angeeignet sein (Saal) (!), der Apparat außerhalb des Saales aufgestellt sein, an Feuerwehrleuten sollten durchaus fremde, das heißt solche, die der Freien Turnerschaft nicht anzehören, postiert werden. Gemeldet hatten sich jedoch Mitglieder der Freien Turnerschaft, die gleichzeitig bei der Feuerwehr sind, um dem Verein Unkosten zu ersparen. So wurden in der verschiedensten Art Schwierigkeiten bereitet, die sich die Arbeiterschaft zu überlegen hat. Der Erfolg war aber doch ein voller.

Falkenberg. Gemeindevertretersitzung. Nach Erledigung von vier Landverkaufsangelegenheiten wurde dem Erwerb von Gelände in der Rotksteinslache zur Straßenerweiterung zugestimmt. Die Festsetzung der Ackerpächte für das Jahr 1926 wurde genehmigt; sie bleiben dieselben wie im vorigen Jahre. Sämtliche Ackerpächte laufen in diesem Jahre ab, sie müssen im Oktober erneuert werden. Die Prüfung der Rechnungen ist von der Rechnungsprüfungskommission vorgenommen; dem Kassierer Holder wurde Entlastung erteilt. Die Umgestaltung des Parkes wurde beschlossen. Die Arbeiten sollen nach dem Plan eines Dresdener Gartenbauarchitekten nach und nach ausgeführt werden. In der Disziplinarsache Bernicke ist eine Einigung erzielt worden; das Disziplinarverfahren wird zurückgenommen Bernicke tritt wieder in den Dienst der Gemeinde. — Der Wenkische Plan gegenüber der alten Schule wurde von der Gemeinde übernommen, um eine Regelung der Bauplätze vornehmen zu können. Käufer sind für die Bauplätze vorhanden.

Eintragungsberechtigte!

Wer zwischen der letzten Wahl und der Eintragung aus seinem früheren Wohnort verzogen ist, muß sich bei der Gemeindebehörde seines früheren Wohnorts einen Eintragungsschein besorgen. Es ist nötig, daß der Eintragungsschein schnellstens verlangt wird. Dem Verlangen ist Rückporto beizulegen.

Sichert Euer Eintragungsrecht!

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 8. März 1926.

Konferenz der Polizeibeamten.

Am Sonnabend fand in Merseburg der Bezirkstag des Verbandes der preußischen Polizeibeamten (Schrader-Verband), Bezirksgruppe Merseburg, statt. Außer dem geschäftlichen Teil (Wahl des Vorstandes) war besonders die Mitteilung interessant, daß die Polizei vor einer dienstlichen Umorganisation steht. Nach dem Referat des Gauvorsitzenden Herrn Pasch (Berlin) ist Ministerialdirektor Dr. Abegg vorige Woche von Paris zurückgekehrt. Auf einem parlamentarischen Abend im Preußischen Landtag hat er zum Ausdruck gebracht, daß der Polizei bezüglich der Umorganisierung vollständig freie Hand gelassen wird. Nur soweit es die kasernierte Polizei betrifft, legt die Entente auf möglichst weitere Herabsetzung der Zahl der Beamten Gewicht. Ferner soll in den Städten die kommunale Polizei weiter verstaatlicht werden, und in den Städten, wo die Verstaatlichung durchgeführt ist, soll die Schutzpolizei zurückgezogen werden. Der Staat wird sich aber einen bestimmten Einfluß, auf die kommunale Polizei vorbehalten.

Mit dieser dienstlichen Umorganisation wird auch eine Umorganisation des Schrader-Verbandes Hand in Hand gehen, indem sich wahrscheinlich die noch bestehenden kleinezen Polizeibeamtenorganisationen dem Schrader-Verband restlos anschließen werden, so daß dann eine Einheitsorganisation für die Polizeibeamten geschaffen sein wird.

Leichenfund. Aus der Alten Saale wurde bei der Fasanerie die Leiche eines etwa dreißigjährigen Mannes geborgen, die schon lange im Wasser gelegen haben muß, denn sie war schon ganz unkenntlich und aufgedunsen. Der Tote trägt Militärhosen und Windjacke und hatte 10 Mk. Geld bei sich. Die Personalien konnten noch nicht festgestellt werden.

Spergau. Der letzte Sturm hat hier zwei Masten der elektrischen Leitung umgeknickt und das Dach eines Hauses abgehoben, welches auf das Dach des gegenüberstehenden Wohnhauses geschleudert wurde. Dieses wurde demoliert und im Obergeschoß des Hauses allerhand Möbelschaden angerichtet. Desgleichen wurde durch herumfliegende Brocken der Nachbargartenzaun zerstört.

Großkayna. Theatergemeinde. Im Fischerschen Saale hielt am Mittwoch der Bezirkssekretär des Volksbühnenverbandes, Werner Schumann, einen fesselnden Lichtbildervortrag über „Die Entwicklung des Theaters vom Altertum bis zur Gegenwart". Der Redner begann bei den Naturvölkern, deren Spieltrieb schon

Brigitta.

Ein Roman aus den Bergen von Wolfgang Kemter.

Copyright by Greiner und Comp., Berlin W.

31] (Nachdruck verboten.)

„Trinkts Leutlein," rief er in weinseliger Stimmung, „so jung kommen wir nimmer zusammen. Lies, dei Bua hat a leeres Glas."

Er wollte sich halb totlachen über den, wie es ihm schien, höchst gelungenen Ausdruck.

„Lies, schenk ein," rief Lukas Leutner, „laß mi nit verdursten."

Als das Mädchen der Aufforderung nachkam, da schlang Lukas Leutner seinen Arm um die schlanke Gestalt und zog sie auf seine Knie.

Da beugte sich die Lies zu ihm und flüsterte ein paar Worte in sein Ohr.

„Aber Mädel, das ist klar, dös wird scho gmacht, gleich die nächsten Tag, kannst di drauf verlassen."

Am andern Tage fuhr Lukas Leutner mit seiner Braut in die nächste Stadt. Lies hatte allerlei Wünsche geäußert, die der verliebte Mann zu erfüllen sich beeilte. Zum ersten Male in seinem Leben war Lukas Leutner nicht knauserig, es schien, als habe das Geld seinen Wert mehr für ihn. Mit beiden Händen gab er aus. Er hatte es ja, sein Leben lang hatte er gespart, nun kam es ihm zugute.

Und Lies kaufte, was ihr gerade gefiel, der Preis spielte keine Rolle. Sie wußte immer mit einem Lächeln zu danken, daß der Mann, der schon am Abend seines Lebens stand, wie ein Junger erzitterte.

„Lies," rief er, „in ihr Wochen bist du Leutnerin. Gehören tut allmal all dir. Dös ist mei Nächstes, daß i mein letzten Willen niederschreib."

An diesem Abend ließ Lukas Leutner noch anspannen, denn er wollte heimfahren.

„Bleib über Nacht," meinte der Hirschenwirt, „es zieht a Wetter auf."

Lukas Leutner sah zum Himmel und meinte, während er sein Wägelchen bestieg: „Dös wird nit gfährlich, da komm i scho no nach Schönwald hinein."

Aber der Hirschenwirt schüttelte den Kopf. „Lukas," sprach er, „da drinnen in der Bergen magst du's Wetter besser kennen, herausen aber i."

„So werd i halt a bissel naß," lachte Lukas Leutner sorglos, „es wär nit's erstemal. I muß morgen früh drinnen sein, im Dorf, hab was zu tun. Uebermorgen komm i wieder. Also, b'hüt Gott, Hischenwirt."

Er rief auch der Lies, die von einem Fenster herausschaute, einen Gruß zu und fuhr dann ab.

Der Hirschenwirt hatte recht gehabt. Lukas Leutner war noch kaum eine halbe Stunde auf dem Wege, da kam ihm durch das immer enger werdende Tal ein heftiger Windstoß entgegen, der den Bauer erstaunt um sich schauen ließ. Die Windstöße wiederholten sich in immer rascherer Reihenfolge, ganz schwarzes Gewölk trieb merkwürdig niedrig daher, und es wurde empfindlich kühl.

Lukas Leutner trieb seinen Braunen an. Der Weg stieg hier nur mäßig, und das Pferd war gut genährt, ein Trab schadete ihm nichts.

Aber das Wetter war doch schneller. Der Bauer hatte etwas mehr als die Hälfte des Weges zurückgelegt und das Dorf in schneller Fahrt eben hinter sich gelassen, da prasselte plötzlich ein wolkenbruchartiger Regen nieder.

Lukas Leutner hatte alle Mühe mit dem aufgeregten Pferde, aber er war auch sonst den niederstürzenden Wassermassen auf dem ungedeckten Wägelchen ohne Mantel und Wetterkragen schutzlos preisgegeben.

In einer Zeit von wenigen Minuten war er bis auf die Haut durchnäßt, es war kein trockener Faden mehr an ihm. Dazu immer noch vereinzelte eisige Windstöße, die von den Gletschern herunterkamen. Endlich lenkte sich der Weg dem Dorfe Schönwald zu, nun fuhr Lukas Leutner im schärfsten Trabe dem Dorfe zu. —

Am andern Morgen fühlte sich Lukas Leutner nicht recht wohl.

Es lag eine merkwürdige Mattigkeit in allen seinen Gliedern. Im Verlaufe der Nacht gesellten sich schmerzhafte Stiche in der Brust bei jedem Atemzuge hinzu.

„A guter Schnaps zerreißt dös Gift, dös wo in meim Körper steckt," brummte er. Aber auch der Branntwein half nicht. Der Bauer sandte nach dem Doktor in Eben. Nach kurzer Untersuchung stellte der Arzt eine Lungenentzündung fest und gab der Magd die nötigen Anweisungen.

Das Fieber stieg von Stunde zu Stunde. Lukas Leutner wurde das Atmen schwer, bald redete er irr und wirr durcheinander.

Als die Bev gegen Abend ins Schlafzimmer trat, um dem Kranken die Medizin zu geben, da blieb sie auf der Schwelle ganz erschrocken stehen. Das Bett und das Zimmer waren leer. Aber dann hörte sie alsbald von der nebenan liegenden Stube ein Geräusch, und rasch unter die Verbindungstür tretend, sah sie Lukas Leutner am Sekretär, jenem altväterlichen Einrichtungsstück, das ein Kasten ist, aber durch Herabklappen der Vorderwand zum Schreibtisch wird, herumsuchen. Auf die Tischplatte hatte der Bauer eine Steklampe gestellt und sie angezündet.

„Um Himmelswillen," rief die Bev und schlug die Hände zusammen, „Bauer, was fällt Euch ein. Ihr dürft doch nit aufstehen, dös könnt Euer Tod sein."

„Sei still, Bev," sprach Lukas Leutner, „i hab was zu besorgen, was ganz Wichtiges. Man kann nie wissen, was geschieht, und i hab no nix vorbereitet. Jetzt will i no etwas aufsetzen, für den Fall nämlich, daß mir was passieren sollt. I werd a an di denken, Bev."

Das war nun freilich das beste Beruhigungsmittel für die Magd. Sie ließ alle Bedenken fahren und erhob gegen des Bauern Tun keinen Widerspruch mehr.

Lukas Leutner wußte, daß ein eigenhändig geschriebener letzter Wille dieselbe Kraft und Gültigkeit besaß, wie ein vor dem Notar gemachtes Testament.

„I hab der Lies versprochen," murmelte er, „und diesmal werd i ihr ganz g'wiß mei Wort halten. Der Bub, der blöde, hat dös traurige Windegg dem Leutnerhof vorgezogen, gut, ist Sach. Einmal in meim Leben hab i mei Wort ni halten können, da ist er schuld dran gewesen. Heut ist's anders. Teufel, ist's da herinnen heiß, kann zum Aushalten."

Er stand auf, zog den Rock aus, dann setzte er sich und begann, nachdem er in einem dickbändigen Buche, betitelt „Der Selbstadvokat", das Formular eines letzten Willens aufgeschlagen und durchgelesen hatte, nach dem Text zu schreiben:

„Im Vollbewußtsein meiner geistigen Kräfte und ohne jeden Zwang erkläre ich als meinen letzten Willen:

Mein Sohn Bartl Leutner wird auf den Pflichtteil gesetzt. Zur alleinigen Erbin meines einzig und allein mir gehörigen Vermögens an Bargeld, Sparkasseneinlagen und Haus, Hof, Feld und Wald, lebendes und totes Inventar setze ich meine Braut Elisabeth Blachsellner . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260308-15/fragment/page=0006

eins primitive Darstellungsart gewesen sei, und zeigte in klaren Bildern die Weiterentwicklung der Theaterkultur. Er ging schließlich auf die Volksbühnenbewegung ein, die, beseelt von wirklichem Gemeinschaftsgefühl, mit über 600 000 Mitgliedern in 230 Organisationen als stärkster Besucherverband Deutschlands eine neue Volkskultur anstrebt. — Der interessante Abend war ein schöner Erfolg für den Volksbühnengedanken und für unsere aufblühende Theatergemeinde.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 8. März 1926.

Kreisjugendpflege im Mansfelder Gebirgskreise.

Am 3. März tagte der Kreisausschuß für Jugendpflege zum zweiten Male in diesem Wirtschaftsjahr. Die Mitglieder waren fast vollzählig erschienen, dazu einige Gäste. Sämtliche Richtungen waren vertreten. Alle Anwesenden waren von der während der Beratung geleisteten Arbeit durchaus zufrieden und davon überzeugt, daß der Kreisausschuß für Jugendpflege keineswegs eine Behörde ist, die nur auf dem Papier steht, sondern die durchaus notwendig ist und große Bedeutung haben kann für die Arbeit an der Jugend des Mansfelder Gebirgskreises und damit für den Wiederaufbau der Volkskraft.

Kreisjugendpfleger Rektor Braune (Burgörner) erstattete den Jahresbericht: Das Wesentliche im verflossenen Jahre sei die im Herbst erfolgte Loslösung der Jugendpflege von der Jugendfürsorge. Dadurch sei eine Umgestaltung der gesamten Organisation im Kreise notwendig gewesen. Wenngleich diese auch heute noch nicht ganz durchgeführt wäre, so sei sie schon weit gediehen und hätte sich im wesentlichen — trotz mancherlei Hemmnisse — reibungslos vollzogen. In zwölf Orten sind paritätische Ortsausschüsse vorhanden, in allen übrigen Orten des Kreises sind Vertrauensmänner tätig. — 53 Vereine waren am 1. Februar 1926 an die stattlich unterstützte Jugendpflege angeschlossen mit 2066 Jugendlichen. Diese Zahlen sind aber in den letzten Tagen bereits überholt worden.

Bezüglich einer eigenen Jugendpflegezeitung war man sich darin einig, daß eine solche Zeitung durchaus erwünscht sei. Man konnte sich indessen nicht entschließen, diese als Beilage zu einer Tageszeitung herauszubringen, sondern selbständig. Es soll mit sämtlichen Ortsausschüssen verhandelt werden. Falls sich eine genügende Zahl von Beziehern findet, soll eine Jugendpflegezeitung ins Leben gerufen werden.

Der Kreisausschuß für Jugendpflege empfiehlt denjenigen Ortsausschüssen, die selbst oder mit staatlichen Mitteln Sportplätze, Turnhallen usw. einrichten, sich ins Vereinsregister eintragen zu lassen.

Herr Medizinalrat Dr. Jckert sprach über die Mitarbeit der Aerzte in der Jugendpflegearbeit. Allen Ortsausschüssen soll dringend empfohlen werden, einen Arzt mit in den Ortsausschuß zu wählen, und auch sonst die Aerzte zu Vorträgen usw. zu bitten. Selbstverständlich ist auch der Kreisarzt selbst bereit, Vorträge zu übernehmen.

Die Kreiswanderbücherei wird zurzeit in der Jugendwerkstatt Burgörner neu hergerichtet. Im Laufe des Sommers gehen den Ortsausschüssen Verzeichnisse zu, so daß spätestens im Herbst die ersten Bücherkisten in den Kreis hinausgehen können.

Der Kreisjugendpfleger teilte zuletzt noch ein Schreiben des Eisenbahnverkehrsamtes Aschersleben mit, in den zur Beteiligung an Eisenbahnsonderfahrten im kommenden Sommer aufgefordert wird. — Zwei Anträge des Kreisausschusses zur Abwehr des Alkoholismus werden einstimmig angenommen. — Einem Antrage aus der Mitte der Teilnehmer folgend, wurde noch eine Entschließung angenommen, an alle Gemeindevorsteher des Kreises mit der Bitte heranzutreten, doch im neuen Rechnungsjahr eine kleine Summe auf die Arbeit in der Jugendpflege einzusetzen. Aus dieser Summe könnten auch die Kosten des Ortsausschusses und die Auslagen der Ortsjugendpfleger erstattet werden.

Gewerkschaftliches.

Eine gewerkschaftliche Pflicht!

Für die Enteignung der ehemaligen Fürsten.

Die Gewerkschaften haben ein eminentes Interesse daran, daß die Eintragung zum Volksbegehren ein durchschlagender Erfolg wird. Alle Forderungen der Arbeiterschaft auf Besserung der Sozialpolitik werden von der Regierung mit der Begründung zurückgewiesen, daß kein Geld da sei. Gleichzeitig aber ist man bereit, den ehemaligen deutschen Fürsten Milliarden zuzuschanzen.

Durch die Inflation ist das aus den Groschen der Arbeiter aufgehäufte Vermögen der Sozialversicherung, sind die Bestände der Krankenkassen zum Teufel gegangen. Die Sozialrentner werden heute mit erbärmlichen Summen abgefunden. Den ehemaligen Fürsten aber will man nicht nur ungeheure Werte des deutschen Volksvermögens schenken, sondern noch skandalöse hohe Renten zubilligen.

Das alles geschieht oder soll geschehen unter dem Vorwande des formalen Rechts. Es ist kein Recht, sondern eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn alle Arbeiter und Angestellte, die ihr ganzes Leben bei kargem Lohn in schwerer Arbeit ihre Kräfte verbraucht haben, nunmehr am Hungertuche nagen müssen, während die ehemaligen Fürsten und ihre Mätressen, die das deutsche Volk ausgesogen und ins Unglück gebracht haben, dafür auch noch mit Milliarden abgefunden werden sollen.

Es vergeht kein Tag, ohne daß die Unternehmer und ihre Presse der deutschen Arbeiterschaft vorrechnen, wie groß die Soziallasten in Deutschland seien, wie schwer die Reparationslast auf Deutschland drücke. Von der Reparationslast, die die Kriegsverlierer von Gottes Gnaden dem deutschen Volke aufhalsen wollen, ist keine Rede. Wenn man der deutschen Arbeiterschaft einzureden versucht, daß sie sich infolge des verlorenen Krieges einschränken und mit einer armseligen Lebensweise begnügen müsse, wie will man es ihr klar machen, daß das deutsche Volk trotzdem noch so reich ist, um den davongelaufenen Hohenzollern Milliardengeschenke zu machen.

Die Kraut- und Schlotjunker lassen durch ihre Soldschreiber täglich ausrechnen, daß der Grund und Boden des Deutschen Reiches für seine Bevölkerung nicht ausreichend sei. Trotzdem will man den ehemaligen Fürsten 500 000 Morgen Land schenken! Nun versuchen die sogenannten bürgerlichen Mittelparteien einen Kompromißantrag durchzubringen, der die Abfindung der ehemaligen Fürsten durch ein Sondergericht entscheiden lassen will. Die deutsche Arbeiterschaft hat im Laufe der Jahrzehnte nur bittere Erfahrungen mit den Gerichten gesammelt. In politischen und wirtschaftlichen Fragen hat die deutsche Arbeiterschaft kein Vertrauen zu unseren Berufsrichtern, die in ihrer großen Mehrheit wirtschaftlich wie politisch durchaus reaktionär eingestellt sind. So wenig wie die Absetzung der ehemaligen Fürsten und die Ausrufung der Republik eine Frage des formalen Rechts ist und nicht von Berufsrichtern entschieden wurde, so wenig kann die sogenannte Abfindung der ehemaligen Fürsten von gelehrten Richtern auf Grund eines veralteten Rechts vorgenommen werden.

Hier kann nur das Volk selbst entscheiden! Der Volksentscheid allein, wie er bereits in der Frage Monarchie oder Republik entschieden hat, muß auch die Frage entscheiden, ob die davongelaufenen oder davongejagten Fürsten zum Dank für ihre Unfähigkeit oder ihre Verbrechen auch noch mit Milliardenwerten abgefunden werden sollen.

Wie sich die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten ausgesprochen haben, so müssen auch die Mitglieder der freien Gewerkschaften jetzt ihr Votum abgeben. Sie müssen darüber hinaus auf ihre unorganisierten Kollegen und Kolleginnen in den Werkstätten und Bureaus, in den Fabriken und auf den Baustellen einwirken, damit auch sie sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen. Es ist um so notwendiger, daß gerade in den Städten das Proletariat bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen läßt, weil auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten ein außerordentlicher Terror gegen das Volksbegehren ausgeübt wird.

Alle Gewerkschaftler haben ein Interesse daran, daß das Volksbegehren bis zum siegreichen Volksentscheid geführt wird. Sie haben also die Pflicht, mit allen Kräften für das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu wirken.

Lehrlinge unterstehen dem Tarifvertrag.

Ein höchst eigenartiges Begehren hatte die Direktion der Neuen Senftenberger Kohlenwerke A.-G. in Senftenberg. Nach den Bestimmungen des Mehrarbeitsabkommens für den Braunkohlenbergbau endet die Arbeitszeit an Sonnabenden für die Frühschicht um 4 Uhr nachmittags. Diese Vergünstigung gegenüber den übrigen Wochentagen, an denen die Arbeitszeit um 6 Uhr beendet wird, gönnte die Direktion den Lehrlingen nicht und beschäftigte diese auch an Sonnabenden bis 6 Uhr. Gegen diese unberechtigte Maßnahme erhob der Betriebsrat Einspruch bei der Direktion. Er wurde jedoch abgewiesen mit der Begründung, daß der Betriebsrat nicht gesetzlicher Vertreter der Lehrlinge sei, daß diese nicht den tariflichen Bestimmungen unterständen, und daß die Längerbeschäftigung im Interesse einer gründlichen Ausbildung der Lehrlinge läge. Daraufhin rief der Betriebsrat die Entscheidung der Revierschiedsstelle in Senftenberg an, die zugunsten der Lehrlinge entschied. Gegen diese ihr ungünstige Entscheidung legte die Direktion Berufung bei der Oberschiedsstelle in Halle ein.

Während dieses Verfahrens vollzog sich nun ein Akt, der außerordentlich beschämend für die Väter der Lehrlinge, zugleich aber auch sehr bezeichnend für die Direktion ist.

Zu seinem Vertreter vor dem Tarifschiedsgericht hatte der Betriebsrat den Bezirksleiter Briewig berufen, dem aber das Werk die Vertretungsvollmacht bestritt. In diesem Vorhaben fand die Direktion die weitestgehende Unterstützung der Lehrlingsväter. Nicht weniger als 40 Väter haben dem Werk durch Unterschrift erklärt, daß sie Herrn Briewig keinerlei Vollmacht erteilt haben, klagbar gegen das Werk wegen Bewilligung des 4-Uhr-Sonnabendschlusses für Lehrlinge vorzugehen. Die Oberschiedsstelle hat ganz richtig diese Väter-Vollmachten für bedeutungslos angesehen, weil es dem Betriebsrat freistehe, wen er mit seiner Vertretung betrauen will.

Die Aufsichtslosigkeit der Berufung einsehend, zog schließlich der Werksvertreter die Berufung zurück. Damit erlangte die Entscheidung der Revierschiedsstelle in Senftenberg Rechtskraft. Bei der allgemeinen Bedeutung der Entscheidung, die einstimmig gefällt wurde, halten wir es für angebracht, diese im Wortlaut bekanntzumachen. Die Entscheidung datiert vom 13. Januar 1926.

Beschluß:

Den Lehrlingen ist an Sonnabenden der 4-Uhr-Schluß zu gestatten.

Begründung:

Das Schiedsgericht war einstimmig der Meinung, daß den Lehrlingen an Sonnabenden der 4-Uhr-Schluß zu gestatten sei. Die Beklagte nimmt die Dienste der Lehrlinge an den Tagen von Montag bis Freitag auf Grund des Mehrarbeitsabkommens in der Dauer von täglich 10 Stunden in Anspruch. Sie gibt damit praktisch zu, daß die Lehrlinge dem Mehrarbeitsabkommen unterliegen, andernfalls dürfte sie der Arbeitszeitverordnung entsprechend die Lehrlinge täglich nur 8 Stunden beschäftigen; nimmt die Werksleitung aber einmal das Mehrarbeitsabkommen da, wo es für sie günstig ist, in Anspruch, so muß sie umgekehrt auch das Mehrarbeitsabkommen da, wo es den Klägern Vorteile zukommen läßt, gelten lassen. II.

Für Erwerbslose ist kein Geld da.

Aus Bremen wird gemeldet:

Unter den 12 000 Bremer Erwerbslosen herrscht große Erregung, da der Senat am Donnerstag bekanntgegeben hat, daß die kürzlich auf Antrag der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion eingeführten Brot- und Essenkarten für Erwerbslose wieder aufgehoben werden müssen. Der Reichsarbeitsminister hat gedroht, Bremen die Reichsbeihilfe für die Erwerbslosen zu entziehen, wenn die Verteilung von Brot- und Essenkarten nicht sofort eingestellt wird.

Dasselbe Bürgertum, das den ehemaligen Fürsten Milliarden zuschustern will, schreckt nicht davor zurück, den Erwerbslosen ihren kümmerlichen Lebensunterhalt rücksichtslos zu beschneiden, weil der Staat angeblich kein Geld hat. Derselbe Staat, der den Monarchen gegenüber so freigebig sein will. Arbeiter, merkt es Euch und werbt für die Eintragung zum Volksbegehren!

Riesenunterschlagungen bei einer christlichen Baugewerkschaft machte der Geschäftsführer Hentrich in Gelsenkirchen durch Fälschung der Listen von angeblich bei ihm eingestellten Arbeitern, die staatliche Erwerbslosenfürsorge erhielten. Hentrich hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Gewerkschaftsarbeit in Mussolinien. Wie der „Corriere degli Italiano" meldet, ist auf Anordnung des Präfekten von Mailand das Organ des italienischen Gewerkschaftsbundes, „Battaglie Sindicali", beschlagnahmt worden.

Schwere Niederlagen der KPD. Die Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenbach (Main) brachte für die Richtung Amsterdam 1537 und für die Richtung KPD. 211 Stimmen. In Frankfurt (Main) brachte die Wahl der Amsterdamer Richtung 863 und der KPD. 264 Stimmen.

Bei den ungeheuren Anstrengungen der KPD. in den beiden Verwaltungsstellen bedeutet das Ergebnis für sie eine schwere Niederlage. In Frankfurt (Main) hatte die KPD. vor der Generalversammlung eine große Arbeitslosendemonstration veranstaltet.

Kommunale Rundschau.

Gemeindewahlen im Ruhrindustriegebiet.

Infolge der Annahme des Gesetzes über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die im Landtag beinahe einstimmig erfolgt ist, müssen in den von der Umgemeindung betroffenen Gemeinden zwischen dem 1. April und 1. Juli 1926 neue Gemeindewahlen stattfinden. Es handelt sich dabei um ein ziemlich umfangreiches Gebiet. Die Regierung beabsichtigt, dem Landtag weitere Umgemeindungsvorschläge zu unterbreiten, die besonders den Bezirk Dortmund, Hoerde, Hagen usw. betreffen sollen.

Wiesbadener Eingemeindung. Die Stadt Wiesbaden steht unmittelbar vor der Eingemeindung der Stadt Biebrich und der beiden Gemeinden Sollenber und Schierstein, wodurch die Einwohnerzahl um etwa ein Drittel vermehrt und künftig etwa 140 000 betragen wird. Der Preußische Staatsrat hat sich bereits mit einer entsprechenden Vorlage der Staatsregierung beschäftigt und ihr seine Zustimmung erteilt.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftliche Filmpropaganda.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat für die konsumgenossenschaftliche Propaganda durch die ihm angeschlossenen Genossenschaften außer den beiden als sehr wirkungsvoll und erfolgreich erwiesenen Filmen von der Großeinkaufsgesellschaft und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine einige weitere Filme herstellen lassen, unter denen ein allgemeiner Genossenschaftsfilm die Arbeit der Konsumvereine auf den verschiedenen Gebieten zeigt. Einige kleinere Filme, die der Abwechslung und Unterhaltung dienen, können in das Programm der Filmvorführung eingelegt werden. Der Zentralverband gibt alle Filme gegen einen überaus geringfügigen, weit unter Selbstkosten liegenden Preis ab, um einer großen Zahl von Konsumvereinen die Anwendung des in kurzer Zeit bestens bewährten Propagandamittels möglich zu machen.

Partei oder Genossenschaft?

Die Kommunistische Partei hat für die Tätigkeit ihrer Anhänger in den Konsumgenossenschaften neue Richtlinien herausgegeben, die eine Häufung von Verstößen gegen das Genossenschaftsgesetz, gegen die Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, seiner Revisionsverbände und der einzelnen Konsumgenossenschaften darstellen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" Nr. 9 vom 27. Februar 1926 erwähnt die entscheidenden Bestimmungen jener Richtlinien und Anweisungen, um alsdann ihrerseits die Feststellungen zu treffen, die sich aus der etwaigen Befolgung der kommunistischen Anweisungen ergeben. Zugleich teilt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau", also das Organ des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., auch noch mit, was im Falle einer solchen Befolgung angedeuteter Gesetz- und Satzungswidrigkeiten zu geschehen hat. Dazu wird versichert, daß auch entsprechend verfahren werden wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine geheimnisvolle Geschichte.

Wegen schwerer Körperverletzung hatte sich vor dem hallischen Schöffengericht der 25jährige Fleischer Hermann Schettig aus Könnern zu verantworten. Schettig und Langnick hatten am 20. November 1925 einen schriftlichen Vertrag abgeschlossen, „gemeinsam etwas zu machen". Was sie beide machen wollten, darüber verweigerte Schettig die Aussage. Die Abmachungen dürften aber kaum alltägliche gewesen sein, da Schettig, nachdem Langnick wiederholt die Herausgabe der schriftlichen Abmachungen verweigert hatte, diesen mit einem Messer in den Rücken stach. Schettig hatte außerdem erklärt, daß, wenn er die Abmachungen nicht herausgebe, Langnick ins Grab gehe und er (Schettig) ins Zuchthaus. Die Gerichtsverhandlung brachte kein Licht in diese geheimnisvolle Affäre, trotz der eindringlichen Fragen des Vorsitzenden. Das Gericht verurteilte Schettig wegen schwerer Körperverletzung zu 300 Mark Geldstrafe. Schettig erklärte nach der Urteilsverkündung, daß er die Strafe nicht annehmen und Berufung einlegen werde. Dort werde er auch sagen, um was es sich in den schriftlichen Abmachungen handele.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen Einbruchsdiebstahl

Wie unvollkommen die Fürsorge für die wegen krimineller Verbrechen Bestraften nach Verbüßung ihrer Strafen auch heute noch ist, zeigen die täglichen Anklagen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht einer von den wieder Ertappten vorgeführt wird, die aus reiner Verzweiflung auf die schiefe Bahn gedrängt werden. Die meisten haben zwar den festen Willen, wieder vorwärts zu kommen und mit dem bisherigen Leben zwischen Gefängnis und Zuchthaus abzuschließen, aber die bestehende Gesellschaftsordnung kann ihnen diesen Weg nicht gehen lassen. Wenn diese Leute, die erst durch die sozialen Mißstände auf die abschüssige Bahn des Verbrechens getrieben worden sind, aus dem Gefängnis oder Zuchthaus entlassen worden sind, dann versagt ihnen diese Gesellschaft die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein, nämlich: Arbeit.

Der 35jährige Paul Schultze aus Wilke (Kreis Bautzen) hatte nach einer verbüßten Gefängnisstrafe Arbeit als Marktfelfer gefunden. Als sein Arbeitgeber erfuhr, daß er aus dem Gefängnis entlassen worden sei, gab er ihm noch am demselben Tage die Papiere. Sch. hatte kein Geld; aber Hunger und keine Aussicht auf Arbeit. Das nächstliegende für ihn war, daß er sich die Mittel zum Leben holte, wo er sie zu finden hoffte. Er versuchte darum einen Einbruch in einem Zigarrengeschäft in Leuna. Dabei wurde er aber beobachtet und wenige Stunden nach dem Einbruch in Merseburg festgenommen. Das Schöffengericht in Halle schickte ihn erneut auf zwei Jahre ins Zuchthaus. Dort, so nehmen wenigstens die seelensloben Paragraphenrichter an, wird ihm Gelegenheit geboten, sich zu bessern.

Aehnlich erging es auch bisher zwei weiteren Angeklagten, die sich ebenfalls vor dem Schöffengericht wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten hatten. Es waren die Arbeiter Franz Wagner und Willy Körner aus Halle, die beide mit beiden Gefängnis- und Zuchthausstrafen vorbestraft sind. Beide hatten gemeinsam, nachdem sie ihre Zuchthausstrafen hinter sich hatten, einen Einbruch bei einem Gastwirt in der Landwehrstraße verübt. Sie wurden aber durch den Besitzer dabei gestört und durch herbeieilende Sipobeamte festgenommen. In der Verhandlung gestanden sie die Tat ein, schilderten aber unter Tränen, wie sie jedesmal nach Verbüßung ihrer Strafen immer wieder auf den Weg des Verbrechens gedrängt worden seien. Niemand habe ihnen geholfen, weder die Armenfürsorge noch die Gerichtshilfe, an die sie sich mehrmals gewandt hätten. Das Gericht verurteilte sie zu der zulässigen Mindeststrafe unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren Zuchthaus.

Von einer falschen Urkunde Gebrauch gemacht.

Der Kaufmann Pf. aus Halle hatte Eier für 18 Pf. das Stück eingekauft und sie für 20 Pf. wieder verkauft. Da dieser Preis über dem Marktpreis lag, erstattete die Preisprüfungsstelle Anzeige wegen Preistreiberei. Pf. erklärte, daß er die Eier für 18 Pf. eingekauft habe. Die Preisprüfungsstelle verlangte, daß er hierüber eine Quittung beibringen müsse. Da Pf. dies aber nicht mehr konnte, ließ er sich eine von einem Bekannten ausstellen, die er der Preisprüfungsstelle einreichte. Es stellte sich aber heraus, daß die Quittung gefälscht war. Der Staatsanwalt rechnete dies zu einer Urkundenfälschung und beantragte zwei Monate Gefängnis, während das Gericht auf eine Geldstrafe von 50 Mark erkannte.

Diebstahl aus Not.

Der Arbeiter Hermann B. aus Halle war, als er auswärts arbeitete, krank geworden. Da er glaubte, mit dem geringen Krankengeld nicht auskommen zu können, fuhr er nach H. zurück. Er bezog hier weder Krankengeld noch Arbeitslosenunterstützung. Um nicht zu verhungern, entwendete er seinem Mädchen, das bei den Krafo-Werken angestellt war, den Schlüssel zum Lager und stahl dort einen Grammophonapparat. Die Sache kam jedoch bald heraus, B. wurde verhaftet und in Untersuchungshaft gesteckt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, auf die das Gericht auch erkannte.

Wetter-Voransage

Dienstag: Kühl, abwechselnd heiter und wolkig, zunächst windig und Niederschläge in Schauern, später ruhiger und trocken.

Mittwoch: Zunächst kühler, trocken, ziemlich heiter, ruhig, später Trübung, milder, windig, Regen.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260308-15/fragment/page=0007

Sport und Spiel

Die neue Fußball-Serie.

2. Kreis, 6. Bezirk: Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Fußballresultate vom 7. März:

ASC. I — Teutonia I 4:1 (2:0).

4.45 Uhr pfiff Sportgenosse Geyer (Minerva) das erste diesjährige Serienspiel an. Da beide Mannschaften durch vorhergehende Spiele ihre Gleichwertigkeit bewiesen hatten, glaubte man, ein schönes Spiel vorgeführt zu bekommen, was aber nicht immer der Fall war. — Nach Anstoß erfolgte aufgeregtes Spiel. ASC. fand sich schneller zusammen als Teutonia. 8 Minuten nach Anstoß fiel das erste Tor, das zweite 5 Minuten später nach schöner Kombination. Bis Halbzeit fand das Spiel größtenteils in Teutonias Spielhälfte statt. Mehrere Ecken für beide Parteien brachten nichts ein. Halbzeit 2:0. Nach Wiederanstoß setzte sich Teutonia mehr als bisher durch, ohne aber an dem Resultat etwas zu ändern, während ASC. noch zweimal erfolgreich sein konnte. Drei Minuten vor Schluß gelang es Teutonia, das Ehrentor zu buchen. Das Spiel brachte nicht das, was man von ihm erwartet hatte. Wünschenswert wäre es, wenn das Publikum nicht so einseitig eingestellt wäre.

Sportbrüder I — Bruckdorf I 1:0 (1:0).

Um 3½ Uhr gab der Unparteiische in Bruckdorf den Ball frei. Im flotten Tempo ging es bald vor Bruckdorfs Tor, doch deren Hintermannschaft vermochte zu klären. Kurz vor der Pause konnte der Halbrechte von Sportbrüder scharf einsenden. Nach dem Wechseln hatte Sportbrüder das Heft sicher in den Händen, konnte aber durch Ueberkombination und hartes Spiel seitens Bruckdorfs nichts mehr anbringen. Beim 1:0-Stande trennte der Schiedsrichter die Mannschaften. Der Schiedsrichter Kneist leitete einwandfrei.

Giebichenstein I — Kröllwitz I 1:3.

Bei etwas schlüpfrigem Boden setzte sofort ein flottes Spiel ein. Beide Tore kamen des öfteren in Gefahr. In der 38. Minute konnte Kröllwitz das erste Tor treten. Kurz nach Halbzeit stellte Kröllwitz das Resultat auf 2:0. Giebichenstein spielte gegen die Sonne. Die Verteidigung arbeitete höchst unsicher. In der 64. Minute brachte Giebichenstein das Resultat auf 2:1. Kurz darauf sandte Kröllwitz zum dritten und letzten Male ein. So blieb es bis zum Schluß. Der Schiedsrichter war gut. — Bei Kröllwitz entschied die Läuferreihe den Sieg. Bei Giebichenstein enttäuschten die Außenläufer, wodurch der Mittelläufer überlastet wurde.

Wörmlitz I — Fortuna I 0:4.

Wörmlitz hatte Anstoß, Fortuna fing geschickt ab und strebte dem gegnerischen Tore zu. In der Mitte der ersten Spielzeit konnte Fortuna einmal erfolgreich sein. Nach Halbzeit kam Fortuna zu einem Elfmeter, welcher aber gut gehalten wurde. Wörmlitz strengte sich tüchtig an, konnte ab nichts Zählbares erreichen. Fortuna war dann bis zum Schluß noch dreimal erfolgreich. Beide Mannschaften zeigten infolge schlüpfrigen Bodens mäßige Leistungen. Schiedsrichter gut.

Wörmlitz-Jgd.—Giebichenstein-Jgd. 3:0.

G. hatte Anstoß, kam aber nicht weit. W. ging aus sich heraus, nutzte den Vorteil aus, erreichte aber trotzdem nichts Zählbares, da oftmals Latte oder Posten als Retter G. zur Seite standen. Trotzdem mußte der gute Torwart von G. in kurzen Abständen den Ball zweimal aus dem Netz holen. Nach Halbzeit konnte W. den Gegner in seiner Spielhälfte festhalten und kurz vor Schluß das Resultat auf 3:0 stellen.

Sportlust I—Askania I 5:4. (Protest).
Trotha I—Ammendorf I 5:5.
Trotha II—Fortuna II 0:2.
Viktoria I—Zörbig I 1:3 0:1.
Viktoria II—Sportlust II 9:1.

Phot. Ludwig, Halle.

Zweite Elf des HFC. „Viktoria", Halle.
Bezirksmeister 1925/26 der zweiten Klasse.

Askania II—Brachstedt I 1:2.
Diemitz I—Ammendorf II 4:0.
Giebichenstein II—Fichte II 14:0.
ASC. II—Teutonia II 0:5.
Minerva III—Teicha III 3:0.
Diemitz II—ASC. III 3:3.
Sportlust-Jgd. I—Fichte-Jgd. I 0:0.
Askania-Jgd.—Viktoria-Jgd. 3:2.
ASC.-Jgd.—Trotha-Jgd. 3:0.

*

Von den Spielen Gröbers, Lettin und Teicha waren keine Resultate eingegangen. Das muß anders werden. Die Resultate müssen zumindest Sonntag abend in der Zentrale eingehen. Bz.

Sportgenosse!

Hast Du Dich schon in die Liste zum Volksbegehren eingetragen? Wenn nicht, hole es sofort nach. Es ist Deine Pflicht als Arbeitersportler!

Kreissportentag der Wassersportler.

Am Sonntag, dem 7. März, fand in Kleinwittenberg der Kreissportentag der Wassersportler des 2. Kreises statt. Die Tagung war von dem Willen beseelt: Vorwärts immer, rückwärts nimmer. Der 1½stündige Geschäftsbericht des Spartenleiters, Genossen Thamm (Halle) fand den allgemeinen Beifall aller Delegierten und wurde ohne Debatte angenommen. Dem Kassenbericht wurde zugestimmt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein Vortrag des Bundes-Wassersportwarts: „Unsere Bundesschule", fand eine aufnahmefreudige Zuhörerschaft und der Beifall am Schluß der Ausführungen bewies, daß der Redner allen gerecht wurde. Zum Kreistage aller Sparten wurde ein Antrag angenommen, der wünscht, daß die alte Form der Zusammensetzung der Kreistagung verschwindet und einer den Zeiten entsprechenden Delegationsregelung Platz macht. Ein Antrag der Spartenleitung, den Spartentag alljährlich im März stattfinden zu lassen (1927 in Magdeburg) fand einstimmige Annahme. Auch ein Antrag bezüglich der Notwendigkeit unseres Spartenorgans wurde einstimmig angenommen und der Vorstand beauftragt, bei der Bezirksleitung des Allgemeinen 2. Bezirks im Auftrage der gesamten Sparte Verwahrung gegen Einmischung in unsere Zeitungs-Angelegenheiten einzulegen. Ein Antrag Nienburg, Herausgliederung aus einem Bezirke in einen anderen Bezirk, wurde einstimmig abgelehnt. Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Genossen Thamm (Halle) als Spartenleiter, Genossen Schmidt (Halle) als Schriftführer und Genossen Hellwig als Spartenkassierer, ferner wurde Genosse Schubert (Dessau) als Jugendleiter hinzugewählt. Zum Bundestage nach Hamburg wurde Genosse Thamm (Halle) als Delegierter einstimmig gewählt und Genosse Bischoff (Magdeburg) als Ersatzmann bestimmt. Unter Verschiedenes fanden noch einige technische Angelegenheiten ihre Erledigung. Zu erwähnen wäre noch die einmütige Stellung hinter den Bundesvorstand in der Frage der Wasserfahrer. Die Tagung, die auf einer besonderen Höhe stand, wurde nachmittags 5 Uhr mit einem kräftigen „Frei Heil!" geschlossen.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe: Handball.

Resultate vom 7. März:

Giebichenstein-Sportlerinnen—Sportlust-Sportlerinnen 2:0 (2:0).

Am gestrigen Sonntag standen sich obige Mannschaften auf der Weißnitz im Serienspiel gegenüber, das G. mit dem Resultat 2:0 für sich entscheiden konnte. Trotz des starken Windes sowie schweren Bodens brachte G. seine Ueberlegenheit zum Ausdruck. In der 8. Minute konnte der Mittelstürmer durch schönen Wurf zum erstenmal einsenden. Sportlust hatte alle Hände voll zu tun, um das Drängen G.'s zu halten oder zu klären. G. verspielte manche sichere Torgelegenheit, dennoch gelingt es ihrem Halbrechten in der 14. Minute zum zweitenmal einzusenden. Sportlust versuchte ebenfalls das Spiel günstiger zu gestalten, aber die Hintermannschaft von G. klärte gut und ließ Sportlust nicht aufkommen. In der zweiten Spielhälfte hatte Sportlust den Wind zum Helfer, aber dennoch langte es nicht zu einem Erfolg, während die Würfe von G. auf das Gegners Tor durch den Wind stark beeinträchtigt wurden und demzufolge ein Erfolg auf die gut eingeleiteten Angriffe von G. ausblieb, so daß die zweite Spielhälfte torlos verlief, trotz der starken Ueberlegenheit von G. Der Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei. Somit wäre wohl BC. als Bezirksmeister anzusehen?

Sportler.

Minerva I—Ammendorf I 3:0.
Fichte II—Fichte III 0:0.

Jugend.

Fichte I—Ammendorf 1:6.

Sportlerinnen.

Giebichenstein—Fichte 8:0.

*

Es wird erwartet, daß die Handballer ihre Berichterstattung in Zukunft endlich etwas ausgedehnter gestalten. Oder legen sie keinen Wert auf Bekanntgabe ihre Resultate und Berichte? Bz

*

Amtlich.

Die Jugendleiter des 6. Bezirkes, welche am 13. März nach Magdeburg fahren, treffen sich am Sonnabend, dem 13. März, nachmittags 3 Uhr, an der Ostseite des Hauptbahnhofes. Abfahrt 3.40 Uhr.

A. Mertins, Bezirksjugendleiter.

2. Kreis, 6. Bezirk.

Frühjahrs-Waldlauf.

Den Auftakt zur diesjährigen Leichtathletiksaison bildet wiederum der Waldlauf. Er findet am 25. April in Halle in der Dölauer Heide statt. Start und Ziel wie alljährlich am Lettiner Weg. Der Lauf wird ausgetragen wie folgt: Sportler zirka 6000 Meter, Sportlerinnen 1000 Meter, Jugend 3500 Meter, Schülerinnen und Schüler 1000 Meter, Sportler über 30 Jahre 6000 Meter. Gewertet wird als Mannschafts- und Einzellauf. Zu jeder Mannschaft gehören vier Mann, wovon drei gewertet werden. Meldungen müssen bis zum 19. April an untenstehende Adresse vollzogen sein. Jeder Verein hat bis zum 12. April zwei Ordner zu melden, damit diese eingestellt werden können. Zeit und Stunde wird noch bekanntgegeben. Alle Vereine müssen unbedingt vertreten sein. Meldungen an Hermann Koch, Halle, Goethestraße 36. Gleichzeitig weisen wir auf das am 26. und 27. Juni in Halle stattfindende Kreissportfest hin.

Der Athletikausschuß.

J. A.: Hermann Koch, Fritz Fleischhauer.

Arbeiter-Sportkartell Halle (e. V.).

Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" die fällige Kartellsitzung statt. Jeder Delegierte hat unbedingt zu erscheinen. J. A.: Karl Oertel.

Anm. d. Red.: Wir entnehmen diese Mitteilung dem „Klassenkampf". Uns ist bisher eine derartige Notiz nicht zugegangen.

Naturfreunde-Woche in Halle.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde" veranstaltet vom 13. bis 21. März im „Volkspark" eine

——— große Ausstellung ———

in der in Anlehnung an die auf der Olympiade in Frankfurt (Main) gezeigte Naturfreundeausstellung ein Ueberblick über die Wanderbewegung und der mit ihr zusammenhängenden Gebiete gegeben wird. Die in langwierigen Vorbereitungen zustande gekommene Ausstellung dürfte für alle Arbeiter von besonderer Anziehungskraft sein. Eingeleitet wird die Ausstellung durch einen am Sonnabend, dem 13. März, im großen Volksparksaal stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des bekannten

Astronomen Bruno H. Bürgel.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei den Mitgliedern der Naturfreunde zu haben.

*

TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Heute, Montag, Besichtigung des Kr..sums. Treffpunkt: ½6 Uhr Landsberger Straße.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle.

Im Rundschreiben vom 4. Februar wurden die Ortsgruppen bzw. Klubs darauf hingewiesen, eine Liste sämtlicher Mitglieder an den Bezirksvorsitzenden Otto Krei (Halle, Hardenbergstraße Nr. 17) einzusenden. Der 5. März war als Schlußtag angegeben. Aber wie sind die Ortsgruppen und Klubvorsitzenden ihrer Pflicht nachgekommen? Von 14 Ortsgruppen haben sage und schreibe drei die Listen eingesandt. Das sind Halle, Teutschenthal und Nauendorf. Was soll das bedeuten? Die Ortsgruppen verlangen vom Bezirksvorstand schnelles und intensives Arbeiten und sind beim geringsten Versehen desselben mit scharfer Kritik schnell bei der Hand. Und sie selbst? Soll solche Bummelei im Bezirk Halle weitergehen? Diese Fragen sollen und müssen alle Mitglieder des Bundes besprechen. Jeden einzelnen machen wir zur Pflicht, seinen Vorstand unbedingt darauf hinzuweisen, daß er den Beschlüssen und Anweisungen des Bundes und Bezirks nachkommt. Es handelt sich um die Meldeliste zur Unfallversicherung. Wir weisen alle Kegelbrüder darauf hin: Wer bis 12. März nun nicht gemeldet ist, geht seiner Ansprüche an den Bund bei einem Unfall verlustig. Gleichzeitig müssen wir die Ortsgruppen daran erinnern, daß die Beiträge für Bund und Bezirk bis zum 15. jeden Monats einzusenden sind. Dabei weisen wir auf das Bundesstatut hin. Der Bezirksvorstand erwartet, daß die Vorstände aufmerksam gemacht werden. Das Zeitungsgeld von 10 Pfennig pro Kopf für Februar steht auch noch restlos aus. Wir ersuchen um schnelle Erledigung.

Der Bezirksvorstand. J. A.: Otto Krei.

Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle.

Spiele am 14. März.

Gruppe V. Brüderlichkeit—Vorwärts: 8 bis 1 Uhr vormittags. Neumark—Teicha: 9 Uhr vormittag.

Spiele vom 7. März.

Freie Kegelbrüder—Schiepzig 1:1. Halle-Süd—Ammendorf 0:2. Passendorf—Döllnitz 2:0.

*

Dienstag, den 9. März, abends 7 Uhr, im „Volkspark": Erweiterte Vorstandssitzung. Dazu ist der Vorsitzende des Bauvorstands der Ortsgruppe eingeladen. Erscheinen dringend notwendig.

Ring- und Boxkämpfe zu Ostern.

Die Athletikvereinigung „Germania-Felsenfest" veranstaltet am 1. Osterfeiertag vormittags 11 Uhr im Walhalla-Theater große internationale Ringkämpfe und nationale Boxkämpfe. Da am 2. Osterfeiertag bekanntlich das internationale Handballtreffen und ein Städtefußballspiel stattfinden, dürfte Ostern völlig im Zeichen des Arbeitersports stehen.

*

Athletik-Vereinigung „Germania-Felsenfest", Halle. Morgen, Dienstag, abend müssen alle aktiven Mannschaften in der Uebungsstunde anwesend sein. Es ringt die zweite Mannschaft gegen die erste; nachdem Mannschaftsaufstellung zu den bevorstehenden Kämpfen. Vor dem Ringen: Abwiegen der Mannschaften. Die hieran Beteiligten müssen möglichst eine halbe Stunde früher erscheinen.

„Fichte"-Elternabend.

Der Turn- und Sportverein „Fichte" e. V. veranstaltet am Sonnabend, dem 13. März, im „Volkspark" nach mehreren Jahren wieder einen Elternabend, der von allen Sportlern und Sportfreunden besucht werden sollte. Er wird zeigen, daß die Schüler- und Schülerinnenabteilung auf der Höhe ist und gegen früher bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hat. Sämtliche Darbietungen werden nur von Schülern und Schülerinnen ausgeführt. Musikfreunde werden ebenfalls auf ihre Kosten kommen, da die Kindergruppe des 1. Hallischen Mandolinenorchesters einige Sachen zu Gehör bringen wird. Die Bedeutung der Sportbewegung unter den Schülern geht am besten daraus hervor, daß jetzt zu Ostern über 50 Mädchen und Knaben aus der Schülerabteilung „Fichte" die Schule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Diese der Arbeitersportbewegung zu erhalten und darüber hinaus den Gewerkschaften zuzuführen, ist eine wichtige Aufgabe. Somit ergibt sich, daß die sportliche Betätigung nicht allein die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen fördert, sondern auch den Weg zur proletarischen Klassenfront ebnet.

*

Die Bühnenprobe zum Elternabend findet Donnerstag, den 11. März, statt. Die Mitwirkenden bei den Freiübungen (Liebenauer Schule), beim Theaterstück und der Pantomime müssen um 6 Uhr in der „Volkspark"-Turnhalle sein.

Programm zum Elternabend (75 Pf.) an der Kasse und im Vorverkauf (60 Pf.) durch alle Kinderausschußmitglieder und in den Turnstunden.

Arbeiter-Sportkartell Merseburg.

„Die neue Großmacht", der Sportfilm der Ersten Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. 1925, sollte vom 9. bis 11. März in Merseburg laufen. Aus technischen Gründen ist das zurzeit nicht möglich. Die Interessenten des Films, welche schon Eintrittskarten gekauft haben, bitten wir, die Karten aufzuheben, sie verlieren ihre Gültigkeit nicht, da die Aufführung später stattfindet. Alles Nähere wird noch bekanntgegeben. Der Vorverkauf wird beibehalten und sind Karten zu haben bei Sportgenossen Paul Furkert, Sixtiberg, Willi Faust, Vorwerk 12, Hugo Krappmann, Oelgrube 17, Willi Schlag, Domprobstei 6, Hilde Eckardt, Weidenweg 13, Otto Pluta, Arbeiterradfahrerverein, August Merkert, Obere Burgstraße 9, Kraftsportklub, Otto Neuther, Arbeiter-Samariterkolonne, Johannisstraße 7, Walter Morx, Naturfreunde, Saalstraße 3, Bartholomäus, Volksbühne, Sixtiberg 6, Paul Mittag, Seffnerstraße 8, Walter Voigtländer, Karlstraße 2, Karl Schlacht, Seffnerstraße 4, Friedrich Bott, Neu-Rössen, Mittelstraße 16, Hermann Kunert, Leuna, Schlosserstraße 12, B. Mittag, Merseburg, Seffnerstraße 8.

Bundestag der Spielleute.

Am 1. und 2. März fand in Magdeburg der Bundestag der Spielleute des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Augenblicklich sind innerhalb des Arbeitersports über 10 000 Spielleute aktiv tätig. Es sollen nunmehr zu ihrer weiteren Ausbildung neue Noten, und zwar nicht nur für Marschmusik, sondern auch für Konzertstücke herauskommen. Das größte Treffen der Spielleute des Bundes war aus Anlaß der Arbeiter-Olympiade, wo über 3000 Spielleute gemeinsam Märsche spielten. Die Bundesleitung der Spielleute wurde wiedergewählt.

Auf Teilzahlung 1455
Sportgeräte — Sportbekleidung
für Fußball-, Box-, Handball-, Hockey- und Tennis-Sport sowie für Leichtathletik
Kleine Anzahlung — Kleine Ratenzahlung.
Paul Sommer, Halle a. S.
Leipziger Strasse 14, I und II.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260308-15/fragment/page=0008